

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

270

Wien, Am Samstag, den 1. September 1928

.....  
Hr. Karl Auer-Welsbach 70 Jahre alt. Bürgermeister Seitz hat an den Erfinder des sogenannten "Auerlichtes", den bedeutenden österreichischen Chemiker Dr. Karl Auer-Welsbach, anlässlich seines siebenzigsten Geburtstages folgendes Schreiben gerichtet: "Anlässlich der Vollendung Ihres 70. Lebensjahres beehre ich mich Ihnen im Namen der Stadt Wien und im eigenen Namen die herzlichsten Glückwünsche zu entbieten. Die Stadt Wien begrüsst Sie zu diesem Festtag als einen ihrer bedeutendsten Söhne, als einen schöpferischen Geist, der es verstanden hat, die Ergebnisse seiner Forschung und Gelehrtenarbeit nicht bloss der Wissenschaft, sondern vor allem der Praxis des täglichen Lebens zugute kommen zu lassen. Sie haben, sehr geehrter Herr Doktor, auf dem Gebiete der Chemie und Beleuchtungstechnik bahnbrechend gewirkt und im doppelten Sinne des Wortes der Allgemeinheit Licht gebracht. Sie haben durch ihre glänzenden Leistungen mit dazu beigetragen, dass der österreichischen Wissenschaft weit über die Grenzen Ihres Heimatlandes hinaus ehrenvoll gedacht wird. Indem die Stadt Wien dankbar Ihrer Verdienste als Mann der Wissenschaft und als Erfinder gedenkt, spricht sie Ihnen durch meinen Mund den Wunsch aus, es möge Ihnen, sehr geehrter Herr Doktor, gegönnt sein, noch viele Jahre der Ruhe nach einem arbeits- und erfolgreichen Leben in voller Rüstigkeit und Gesundheit zuzugewinnen."

.....  
Sitzungen im Rathaus. Der Wiener Stadtsenat tritt in der kommenden Woche am Dienstag um 10 Uhr vormittags zu einer Sitzung zusammen.

.....  
Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses spricht morgen Sonntag um 10<sup>30</sup> Uhr vormittags Dr. Albert Lautebach über "Die sozialökonomische Struktur Oesterreichs".

.....

Wien, am Montag, den 3. September 1928.

Englische Pfadfinder im Wiener Rathaus. Wie bekannt, sind vor einigen Tagen englische Pfadfinder zum Besuch der österreichischen Pfadfinder in Wien eingetroffen. Die Reisegesellschaft, der 42 Pfadfinder aus London und Umgebung angehören, besuchte Samstag das Wiener Rathaus, wo sie im Rittersaale des Museums der Stadt in Vertretung des Bürgermeisters von amtsführenden Stadtrat Karl Richter begrüsst wurde. Im Namen der Gäste dankte der Leiter der Wiener Pfadfinder Hauptmann Täuber für die überaus freundliche Aufnahme, die die Gäste in Wien gefunden haben.

Bezirksvertretung Brigittenau. Die Bezirksvertretung Brigittenau hält am Donnerstag, den 13. September, um 19 Uhr eine Sitzung ab. Es werden unter anderem die Anwesenheit des Bezirksrates Franz Kinast und Wahlen in das Fürsorgeinstitut vorgenommen.

Die gestrige Stromstörung. Durch Schadhafwerden von zwei Gleichrichtern im Unterwerk Döbling mussten gestern nachmittags einzelne Bahnspisepunkte der elektrischen Strassenbahnen wegen Überlastung zeitweise abgeschaltet werden. Infolge dieser Abschaltung waren die Strassenbahnlinien westlich der Nussdorferstrasse von 14 Uhr 49 bis 15 Uhr 05, von 15 Uhr 45 bis 16 Uhr 30 und von 16 Uhr 30 bis 16 Uhr 48 ausser Strom gesetzt. Nach der notwendigen Umschaltung an die Oberleitung seitens der Strassenbahnen wurde der Betrieb um 16 Uhr 48 im vollen Umfange wieder aufgenommen. Die Stromstörung am Samstag wurde durch einen Schalterdefekt in der 28.000er Voltanlage der Zentrale Engerthstrasse hervorgerufen. Von der Störung wurden hauptsächlich die Unterwerke Ottakring, Mariahilf, Sechshaus und Währing betroffen. Die Störung der Lichtversorgung dauerte von 3 bis 29 Minuten, des Strassenbahnbetriebes 3 bis 35 Minuten und des Stadtbahnverkehrs 24 Minuten.

Entfallende Sprechstunde. Donnerstag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim städtischen Wirtschaftsreferenten Stadtrat Quirin Kokrda.

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses findet morgen Dienstag um 18 Uhr eine allgemeine Führung statt.

Wien, am Dienstag, den 4. September 1928

.....

Vorsicht bei Grundkäufen. Seit einiger Zeit ereignen sich immer häufiger die Fälle, dass Teilstücke von Liegenschaften, die nach dem Generalregulierungsplan in den Wald- und Wiesengürtel oder in künftige öffentliche Plätze fallen, von Privaten mit der Absicht gekauft oder gepachtet werden, dort Schrebergartenhütten, Siedlungshäuser, Wochenendhäuser, Sommerhäuser oder Einfamilienhäuser zu errichten. Die Schaffung von Baulichkeiten auf solchen Gründen kann aber von der Baubehörde nicht bewilligt werden, weil diese Gründe zur Erhaltung und Förderung des allgemeinen Wohles dauernd unverbaut gelassen werden müssen. Der Wald- und Wiesengürtel sowie auch die vorgesehenen öffentlichen Plätze bilden nämlich die unumgängliche notwendige Reserve an Grundflächen, die dem Erholungsbedürfnis der Gesamtbevölkerung einer Grosstadt wie Wien vorbehalten bleiben müssen. Dorthin gehören, soweit nicht das Gelände in seinem heutigen Zustande als Ausflugsort zu erhalten ist, Luft- und Sonnenbäder, grosse Tummelplätze für Kinder und Jugendliche, Lagerwiesen, Spiel- und Sportparks und ähnliche Anlagen, die der Allgemeinheit zugute kommen. Diese Reserve an Freiplätzen ist ein Besitz, um den Wien beneidet wird. Jede Einengung dieser Reserve würde die Möglichkeit verkleinern, vor allem den Kindern die gewünschten und unbedingt notwendigen Erholungsgelegenheiten in leichterreichbarer Stadtnähe zu schaffen. Es kann auch nicht einmal die Bewilligung zur Errichtung provisorischer Bauten auf solchen Grundstücken gegeben werden, da diese Grundstücke unbedingt unverbaut erhalten bleiben müssen. Der Magistrat warnt daher die Bevölkerung, sich in Grundkäufe zwecks Errichtung von Baulichkeiten einzulassen, ohne vorher die Bauberatung der Magistratsabteilung 54 (Stadtregulierung und Vermessungswesen) Wien I., Neues Rathaus, in Anspruch genommen zu haben.

.....

Schweizer Gäste im Rathaus. Der sozialdemokratische Bildungsausschuss Basel-Stadt hat eine Studienreise nach Wien veranstaltet, um seinen Mitgliedern Gelegenheit zu geben, das neue Wien eingehend kennen zu lernen. Die Reisegesellschaft, die gegen 90 Teilnehmer zählt, stattete heute vormittags dem Wiener Rathaus einen Besuch ab. Amtsführender Stadtrat Karl Richter begrüßte die Gäste im Sitzungssaale des Wiener Gemeinderates. Für die Reiseteilnehmer dankte Worle (Basel) für die freundliche Aufnahme, die die Gäste in Wien gefunden haben. Dann besichtigte die Reisegesellschaft das Rathaus und die städtischen Sammlungen. Für die nächsten Tage ist ein Besuch von städtischen Wohnhausbauten, Wohlfahrtsanstalten und sonstigen neuen Einrichtungen der Stadt Wien vorgesehen.

.....

Wien, am Mittwoch, den 5. September 1928

Sprunghaftes Ansteigen der konfessionslosen Schulkinder. Die in den letzten Jahren wachsende Austrittsbewegung aus der katholischen Kirche, die seit dem 15. Juli 1927 grossen Umfang angenommen hat und fort dauert, findet in den Wiener öffentlichen Schulen einen sehr bemerkenswerten Ausdruck. Vor dem Krieg hat es bei einer durchschnittlichen Schülerzahl von mehr als 240.000 insgesamt nur höchstens 100 konfessionslose Schulkinder gegeben. Auf je 10.000 entfielen nur vier Kinder, die einem Religionsunterricht ferngeblieben sind. Im Schuljahr 1925/26 waren es bereits 1522, im Schuljahr 1926/27 schon 2449 und im abgelaufenen Schuljahr 4163. Dabei ist die Schülerzahl auf rund 122.000 gesunken. Von je 10.000 die öffentlichen Schulen besuchenden Kinder sind also 341 konfessionslos gewesen. Gegenüber der Vorkriegszeit ist demnach eine fünf- undachtzigfache Steigerung eingetreten. Für das neue Schuljahr liegen die Daten noch nicht vor. Es kann indes auf Grund der Austrittsbewegung der Erwachsenen als sicher angenommen werden, dass eine weitere namhafte Steigerung der konfessionslosen Schulkinder eingetreten ist.

Neue städtische Wohnhausbauten. Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat in seiner letzten Sitzung wieder den Bau einer Reihe von städtischen Wohnhausanlagen genehmigt, deren Errichtung im Rahmen des Wohnbauprogrammes für das heurige Jahr vorgesehen war. So werden in der Leopoldstadt auf dem Areal an der Schüttaustrasse, das in fünf Bauabschnitte eingeteilt ist, zwei Bauteile nach den Entwürfen der Architekten Baurat Hugo Mayer, Alfred Chalusch und Heinrich Schopper verbaut. Beide Wohnhausanlagen werden 335 Wohnungen sowie eine Anzahl von Geschäftsräumen enthalten. In der einen Anlage ist auch der Bau eines Jugendheimes und einer Bibliothek vorgesehen. Architekt Franz Schacherl hat den Entwurf für den Wohnhausbau in der Wehlstrasse (Nordblock) entworfen. Diese Anlage wird 176 Wohnungen und ebenfalls ein Jugendheim enthalten. Auf der Landstrasse wird in der Göllnergasse nach den Plänen des Architekten Franz Kuhn mit 13 Wohnungen errichtet. Schliesslich hat der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen den Entwurf für den Wohnbau in Favoriten Gudrunstrasse-Laxenburgerstrasse-Erlachgasse-Columbusgasse genehmigt. Die Pläne stammen von den Architekten Emil Hoppe und Otto Schönthal. Diese Anlage wird 232 Wohnungen, einen Kindergarten, eine Tuberkulosefürsorgestelle und eine Zahnklinik enthalten. Endlich wird in Hietzing eine Wohnhausanlage in der Speisingerstrasse nach dem Entwurf des Architekten Viktor Reiter gebaut. Die Anlage wird aus zwei Wohnhausstrakten bestehen und aus neun Siedlungshäusern, die den Uebergang zur Siedlungsmässigen Verbauung der Siedlung Hermeswiese herstellen. Die Anlage wird insgesamt 99 Wohnungen enthalten. In Währing in der Hockegasse-Alseggerstrasse wird ebenfalls eine städtische Wohnhausanlage entstehen. Die Pläne dazu lieferte Architekt Paul Gütl, der in dem Wohnbau insgesamt 35 Wohnungen vorgesehen hat.

Wien, am Donnerstag, den 6. September 1928.

-----

Die Kleingartenstadt Wien. Kürzlich eröffnete der Vorsitzende des gemeinderätlichen Unterausschusses für Kleingartenwesen Gemeinderat Hofbauer einige Kleingartenausstellungen. Bei dieser Gelegenheit gab Gemeinderat Hofbauer auch einen Überblick über den Umfang der Wiener Kleingartenbewegung. Wien hat 7,320.000 Quadratmeter Kleingartenflächen wovon 4,067.000 Quadratmeter der Gemeinde Wien gehören und 3,253.000 Quadratmeter Privateigentum sind. Diese Kleingartenflächen sind in 25.691 sogenannte Kleingartenparzellen eingeteilt, auf denen 19.518 Hütten, Lauben oder Sommerhütten stehen. Neben diesen Kleingartenflächen verfügt Wien noch über 4,800.000 Quadratmeter Kleingartenzonen, die aber noch nicht in Verwendung stehen. Von den Kleingartenzonen sind 1,112.700 Quadratmeter Sommerhüttengebiete und 1,170.614 Quadratmeter Laubengebiete. 2,357.000 Quadratmeter sind in das Kleingartengebiet überhaupt noch nicht eingereicht. An schon bestehenden Daueranlagen besitzt Wien die Kleingartenanlagen Am Aeugel, die Jakob Reumanngärten am Flötzersteig, die Kleingartenanlagen auf dem Heuberg und auf dem Schafberg sowie im Reifental und endlich die Franz Siegelgärten am Altmannsdorfer Anger. Diese Daueranlagen sind insgesamt 371 Parzellen oder 74.200 Quadratmeter gross. Die Förderung der Kleingartenbewegung durch die Gemeinde Wien drückt sich insbesondere in der Kreditgewährung an die Kleingärtner aus. So hat die Gemeinde Wien an Krediten für Wasserleitungen, Einfriedungen und so weiter den Kleingartenorganisationen in den Jahren 1923 bis 1926 154.809 Schilling, im Jahre 1927 schon 240.000 Schilling gewährt. Auch heuer sind an die Kleingärtner umfangreiche Kredite gegeben worden. Sehr interessant ist die soziale Schichtung der Wiener Schrebergärtner. 49 Prozent gehören dem Arbeiterstande an, 25 Prozent sind Beamte, 16 Prozent Pensionisten, sieben Prozent üben einen selbstständigen Beruf aus, drei Prozent stehen in sonstigen Berufen und zehn Prozent sind arbeitslos. In Durchführung des vom Wiener Gemeinderate beschlossenen Wohnbauprogrammes mussten in den letzten Jahren selbstverständlich einige Kleingartengebiete aufgelassen werden. Auf diesen Gründen jedoch wurden nicht weniger als 50 Wohnhausanlagen mit etwa 15.000 Wohnungen errichtet.

-----

Ein Julius Ofner-Hof in Wien. Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat beschlossen den städtischen Wohnhausbau in Margareten Gergasse-Margaretengürtel den Namen Julius Ofner-Hof zu geben. Die Erläuterungstafel wird lauten: "Julius Ofner-Hof. Doktor Julius Ofner hat auf dem Gebiete der Rechtswissenschaft grosses geleistet. Ihm verdankt Oesterreich auch die Reform des Strafgesetzes und viele soziale Gesetze; auch war er einer der Begründer der "Freien Schule". 1845-1924."

-----

Frauengewerbeschule der Stadt Wien. Mitte September beginnen an der Frauengewerbeschule der Stadt Wien Nachmittags- und Abendkurse über Weissnähen, Kleidermachen, Schnittzeichnen, Modistenarbeiten und Frisieren. Einschreibungen für diese Kurse werden schon jetzt in der Kanzlei der Frauengewerbeschule, V., Margaretengürtel 152, vorgenommen.

-----

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses findet morgen Freitag um 18 Uhr eine allgemeine Führung statt.

-----

Wien, am Freitag, den 7. September 1928

-----  
Unveränderte Kanalräumungsgebühren. Gegenüber dem Vormonate sind die Kanalräumungsgebühren für September unverändert geblieben. Sie betragen das Dreissigfache des Monatszinses vom August 1914 beziehungsweise des Monatszinses, der der Berechnung der Wohnbausteuer zugrundegelegt worden ist.

-----  
Ein "Türkenritthof" in Wien. Bekanntlich hat die Gemeinde Wien im Zuge ihres Wohnbauprogrammes in Hernals, Behringgasse-Hernalser Hauptstrasse, einen prächtigen Wohnhausbau errichtet. Zur Ausschmückung der Wohnhausanlage hat der akademische Bildhauer Heinrich Scholz eine Plastik geschaffen, die an einen alten Hernalser Volksbrauch, an den sogenannten Türkenritt, erinnert. Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat nun beschlossen, den Wohnhausbau "Türkenritthof" zu nennen. Die Erläuterungstafel wird lauten: "Dieser Hof führt seinen Namen nach dem Türkenritt, einem alten Hernalser Volksbrauch. Zur Erinnerung an die Befreiung Wiens von der Türkengefahr wurde alljährlich ein humoristischer Festzug veranstaltet, als dessen Hauptperson ein türkischer Pascha auf einem Esel ritt. Dieser Brauch hat sich bis zum Jahre 1783 erhalten." Mit der Errichtung der Wohnhausanlage und der Aufstellung der Plastik ist einem alten Volksbrauch nun ein bleibendes Andenken gesetzt worden.

-----  
Der Wiener Magistrat gegen den Autolärm. Der Wiener Magistrat hat an die verantwortlichen Leiter beziehungsweise Inhaber von Kraftfahrtschulen und deren Lehrkräfte folgendes Ersuchen gerichtet: "Erfahrungsgemäss werden die Verkehrsflächen der Inneren Stadt sehr häufig von Kraftfahrtschulen zu Ausbildungsfahrten der Prüfungsanwärter benützt. Die naturgemäss noch unerfahrenen Fahrschüler fühlen sich verleitet, aus den wichtigsten Anlässen Warnungssignale mit der Huppe oder mit dem Horn zu geben. Dadurch wird der an und für sich schon sehr belästigende Huppenlärm in den meist schmalen Strassen noch mehr gesteigert. Da der Huppenlärm in der Inneren Stadt mitunter einen Umfang annimmt, der nicht nur die Nerven aufs höchste erregt, sondern auch Wagenlenker und Fussgänger irreführen und damit die Sicherheit des Verkehrs gefährden kann, fühlen wir uns bemässigt, zunächst darauf hinzuwirken, dass der gewisse leicht zu vermeidende Huppenlärm der Fahrschüler auf das notwendigste Mass eingeschränkt wird. Dies kann umso leichter geschehen, als sich diese Schulungsfahrten meist mit mässiger Geschwindigkeit und unter steter Aufsicht eines erfahrenen Lehrers vollzie-

hen, dem es möglich ist, die Gefahr eines Zusammenstosses durch Betätigung des zweiten Pedalpaars entgegenzuwirken. Wir richten daher an die verantwortlichen Leiter beziehungsweise Inhaber von Kraftfahrtschulen sowie an die dortigen Lehrkräfte das dringende Ersuchen, in ihrem Wirkungskreise dafür zu sorgen, dass die Fahrschüler bei den Übungsfahrten nur dann die Huppe gebrauchen, wenn es die Verkehrslage erfordert.

-----  
Gründung eines Weltverbandes der Stenographen. Der Budapester Stenographenkongress wurde Mittwoch nach fruchtbaren Beratungen beendet. An den letzten Kongresstagen wurde eine Reihe sehr interessanter Vorträge gehalten. So sprach der ungarische Systemfinder Dr. Radnai über die ungarische Einheitskurzschrift und deren Uebertragung <sup>auf</sup> die deutsche Sprache, Dr. Skreblin (Belgrad) über die Uebertragung <sup>auf</sup> des Gabelsbergerischen Systems die serbische und kroatische Sprache, der ungarische Regierungskommissär für Stenographieangelegenheiten Dr. Traeger über die ungarische Einheitskurzschrift, Direktionsrat Hirt (Wien) über das körperliche und geistige Rüstzeug des Kammerstenographen, Weinmeister (Leipzig) über vergleichende systemtheoretische Betrachtungen über die deutsche und ungarische Einheitskurzschrift, Dr. Weizmann (Wien) über Unbekanntes aus der Kurzschrift in Oesterreich, Gräber (Wien) über den österreichischen Stenographieapostel Ignaz Jakob Heger, Estoup (Paris) über die Rolle des Automatismus in der Stenographie, Schoevers (Holland) über die Lehrmethode des Institutes Schoevers und schliesslich Glock (Budapest) über die Uebertragung des System Gabelsbergers auf die chinesische und türkische Sprache. Als wichtigstes Ergebnis hat der Budapester Stenographenkongress folgenden Beschluss gezeitigt: Der 15. Internationale Stenographenkongress billigt die Absichten der nationalen Vertretungen der Verhandlungsstenographen, bis zum nächsten Kongress die Vorarbeiten für den Internationalen Zusammenschluss der Verhandlungsstenographen durchzuführen. Zu diesen Vorarbeiten gehören insbesondere eine zusammenfassende Darstellung über die Organisation des stenographischen Dienstes in den verschiedenen Parlamenten, verbunden mit den Satzungen der jetzt bestehenden stenographischen Berufsvereinigungen, und die Schaffung sowie die Durchführung allgemein verbindlicher Gebührenordnungen für stenographische Aufnahmen. Dienstag abend waren die Kongressteilnehmer Gäste der Stadt Budapest.

-----  
Sitzungen von Bezirksvertretungen. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfshim findet am Donnerstag, den 13. September, um 17 Uhr statt. Die Bezirksvertretung Mariahilf hält am Donnerstag, den 27. September, um 18 Uhr eine Sitzung ab.

Wien, am Samstag, den 8. September 1928

Sehr günstiger Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung. Wie das städtische Gesundheitsamt mitteilt, war der Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung im Juli ein sehr günstiger. Dank des starken Rückganges des Scharlachs, der Diphtherie und der Varizellenfälle ist die Zahl der anzeigepflichtigen Krankheiten gegenüber Juni um 30 Prozent zurückgegangen. Im Juli starben in Wien 1962 Menschen. 1789 Verstorbene entstammten der ortsansässigen Bevölkerung. Die grösste Zahl der Todesfälle betraf im Juli wieder die Krankheiten der Kreislauforgane mit 19 Prozent, dann folgen die Krebse mit 15 Prozent und an dritter Stelle kommt die Tuberkulose mit 12 Prozent aller Todesfälle. Geboren wurden im Juli 1779 Kinder. Gemessen an der Zahl der Todesfälle ergibt sich somit ein Geburtendefizit von 173, das aber gegenüber dem Geburtendefizit im Juni dieses Jahres um 57 niedriger ist.

Messebesuch der Wiener sozialdemokratischen Gemeinderäte. Am Freitag nachmittag besichtigten die sozialdemokratischen Mitglieder des Gemeinderates und die Bezirksvorsteher die Messeausstellung in der Rotunde. Die Führung besorgte Generaldirektor Julius Müller. Die Besichtigung dauerte mehr als drei Stunden. Besonderes Interesse fand die ausgedehnte Abteilung für den Strassenbau, die eines eingehenden Studiums unterzogen wurde. Auch in der reich beschickten Ausstellung der Maschinenindustrie blieben die Gemeinderäte längere Zeit und äusserten sich sehr befriedigend über die hohen Leistungen dieses wichtigen Industriezweiges. Nach dem Rundgang durch das Messengelände dankte Generaldirektor Müller der Mehrheit des Wiener Gemeinderates für die grosse Unterstützung und das hohe Verständnis, das diese Körperschaft der Wiener Messe immer entgegengebracht hat. Die Messe hat sich durch die moralische und finanzielle Förderung der Gemeinde und durch das begrüssenswerte Verständnis von Industrie, Gewerbe und Handel, ausserordentlich gut entwickelt. Diese Entwicklung dient vor allem der österreichischen Volkswirtschaft, weshalb die Einrichtung der Messe ein wichtiger Faktor im heimischen Wirtschaftsleben geworden ist. Generaldirektor Müller ersuchte dann unter lebhafter Zustimmung um weitere tatkräftige Unterstützung der Wiener Messe. Für die Gemeinderäte übermittelte Stadtrat Richter der Verwaltung der Messe Dank und Anerkennung für die seit Jahren geleistete, fruchtbringende Arbeit. Alle am Aufschwung des Wirtschaftslebens interessierten Kreise betrachten heute die Wiener Messe als eine unbedingte wirtschaftliche Notwendigkeit und wünschen ihren weiteren Ausbau. Was der Wiener Gemeinderat dazu beitragen kann, wird selbstverständlich jederzeit geschehen, weil die Wichtigkeit der Messe für die Volkswirtschaft von Anbeginn erkannt hat.

Bretteldorf-Bruckhausen und die Gemeinde. In einer Versammlung haben kürzlich Bewohner des Bretteldorfes und des Bruckhausens gänzlich unwahre Mitteilungen über das Vorgehen der Gemeinde gegen die dort angesiedelten Menschen verbreitet. Da auch einige Tagesblätter diese unrichtigen Behauptungen veröffentlichten, gibt der Wiener Magistrat eine kurze Darstellung der wirklichen Verhältnisse in diesem Gebiet. Das Entstehen dieser Anlagen geht, wie wiederholt berichtet wurde, auf die Vorkriegszeit zurück. Seit Jahrzehnten dient dieses Gebiet der Ablagerung des grössten Teiles des Wiener Kehrichts. Erst dadurch wurde das Gelände, das frun von Donauarmen durchzogen war, vier bis sechs Meter unter dem Niveau lag und für die Schottergewinnung verwendet wurde, entsprechend erhöht. Das

Gebiet wurde erst durch diese Aufschüttungen hochwasserfrei. Die Gemeindeverwaltung hat seinerzeit diese Kehrichtablagerungsstätte in diesem menschenleeren, weit von der Stadt entfernten Gebietsteil errichtet, um eben die Belästigungen, die mit einem solchen Betrieb untrennbar verbunden sind, von der Bevölkerung fern zu halten. Nun haben sich aber dort, insbesondere im Krieg und später viele hunderte Menschen, meist in höchst primitiver Weise, angesiedelt. Die Gemeinde hat sofort bei den ersten Versuchen eine Ansiedlung aus sanitären und baupolizeilichen Gründen, vor allem jeden Bau für Wohnzwecke, auf diesem Gelände untersagt. Es wurde trotzdem gebaut. In überaus langwierigen Verhandlungen wurde dann im Sommer 1925 zwischen der Gemeinde und den Obmännern der Siedlungen Bretteldorf und Bruckhausen vereinbart, dass alle noch im Bau befindlichen Objekte fertiggestellt werden dürfen, dass aber jeder weitere Neubau und jede Vergrösserung von schon bestehenden Objekten zu unterbleiben hat. Die Gemeinde hat diese Vereinbarung immer voll eingehalten. Die Siedler bauten aber rücksichtslos weiter. Dabei handelt es sich keineswegs in allen Fällen um Notwohnstätten für den eigenen Bedarf, sondern vielfach um Häuser, die dann vermietet oder verkauft wurden und manchmal sogar wiederholt den Besitzer wechselten. Manche Leute haben sich dort ein Wohnobjekt errichtet, es kurz nachher verkauft und gleich in nächster Nähe wieder zu bauen begonnen. Gegen diese Missbräuche ist die Baupolizei eingeschritten und hat gegen solche unbefugte Bauführungen die gesetzlichen Mittel angewendet. Es kann also keine Rede davon sein, dass, wie behauptet wurde, sechs-tausend Menschen obdachlos gemacht werden sollen, sondern die Gemeinde muss im Interesse der Gesamtheit der Bevölkerung Wiens jeden weiteren Ausbau dieser "Siedlungen" verhindern. Niemals aber hat die Gemeinde den Besitzern von alten Objekten dort Schwierigkeiten bereitet. Nun wird auch behauptet, dass die Gemeinde selbst auf diesem Gebiet einen Bau aufgeführt hat. Es handelt sich dabei aber keineswegs um einen Wohnbau, sondern bloss um einen Riegelbau für Kanzleizwecke des Kehrichtabfuhrbetriebes. Auch <sup>bei</sup> dem Zubau bei den Siriuswerken, die dort einen Industriebetrieb haben, verhält es sich ähnlich. Das ganze Gelände gehört dem Klosterneuburger Stift, das auch die Zustimmung zur Aufführung der beiden erwähnten Bauten erteilt hat. Die Gemeinde macht die Öffentlichkeit mit allem Nachdruck darauf aufmerksam, dass sich dieses Gebiet, das aus aufgeschüttetem Mist besteht, für den Bau von Wohnhäusern nicht eignen kann. Die Gemeinde schikaniert also keineswegs die jetzt dort wohnenden Menschen, sondern will aus den erwähnten Gründen, die jeder objektiv Denkende zu würdigen weiss, jede Vergrösserung dieser sanitär unmöglichen "Siedlungen" verhindern.

Das Befinden des verunglückten Feuerwehrmannes Neuwirth. Wie schon gemeldet, ereignete sich bei der Ausfahrt der Hauptwache Döbling der städtischen Feuerwehr zu dem Brand am Kahlenberg ein bedauernswerter Autounfall in der Armbrustergasse, wobei der Feuerwehrmann Neuwirth schwere Quetschungen und Knochenbrüche erlitt. Der Verunglückte wird auf der Klinik Eiselsberg behandelt. Am Freitag besuchten amtsführender Stadtrat Linder und Branddirektor Ingenieur Wagner den Schwerverletzten, der sich auf dem Wege der Genesung befindet.

Polnische Sportlerinnen im Rathaus. Bekanntlich findet morgen Sonntag in Wien ein leichtathletischer Damenländerwettkampf Polen-Oesterreich statt. Die polnischen Sportlerinnen statteten heute mittags mit ihren österreichischen Sportskameradinnen dem Wiener Rathaus einen Besuch ab, wo sie im sogenannten steinernen Saale in Vertretung des Bürgermeisters <sup>von</sup> amtsführender Stadtrat Professor Dr. Tandler begrüsst wurden. Für die Gäste dankte Hauptmann Mierschinsky (Polen) für die überaus freundliche Aufnahme, die die polnischen Sportlerinnen in Wien gefunden haben. Die Gäste besichtigten dann untersachkundiger Führung die Schauräume des Wiener Rathauses.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur:  
Karl H o n a y

277

Wien, am Samstag, den 8. September 1928      Zweite Ausgabe

.....  
Plötzlicher Tod des Feuerwehrmannes Neuwirth. Wie schon gemeldet, ereignete sich bei der Ausfahrt der Hauptwache Döbling der städtischen Feuerwehr zu dem Brand auf dem Kahlenberg ein bedauernswerter Autounfall in der Armbrustergasse, wobei der Feuerwehrmann Neuwirth schwere Quetschungen und Knochenbrüche erlitt. Der Verunglückte wurde auf der Klinik Eisselsberg behandelt. Er wurde gestern vom amtsführenden Stadtrat Linder und Branddirektor Ingenieur Wagner besucht und befand sich, wie die Rathauskorrespondenz noch heute mittags melden konnte, schon auf dem Wege der Besserung. Heute nachmittags trat jedoch plötzlich Herzschwäche ein, der der Schwerverletzte gegen 18 Uhr erlag. Feuerwehrmann Neuwirth erreichte ein Alter von 36 Jahren.

.....

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

278

Wien, am Montag, den 10. September 1928

Jubilare der Ehe. Samstag überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Julius Linder den Ehepaaren Josef und Marie Fuchs, Karl und Leopoldine Hills, Wenzel und Marie Kunzl, Theodor und Annemarie Wende, Johann und Katharina Ondracek und Georg und Theresia Rieger anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

Starker Besuch der städtischen Schülerherberge. Der überaus starke Besuch, den die Schülerherberge des Wiener Stadtschulrates schon seit Monaten zu verzeichnen hat, hält unvermindert an. Auch in dieser Woche beherbergt die städtische Schülerherberge wieder 158 Gäste. Es sind 20 Magdeburger Gymnasiasten, 40 Hörer der Berufsschule Elberfeld, 67 Lübecker Gymnasiasten, 17 landwirtschaftliche Mittelschüler aus Krizevci in Jugoslawien und 14 Volksschüler aus Nestelberg, die nach Wien gekommen sind, um die Stadt und ihre Einrichtungen kennen zu lernen. Die Gäste werden in der städtischen Schülerherberge verköstigt und bequartiert.

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses findet morgen Dienstag um 18 Uhr eine allgemeine Führung statt.

Strassenbahnzusammenstoß in der Speisingerstrasse. Gestern um 18 Uhr 45 stiessen in der Speisingerstrasse bei der Haltestelle Hermesstrasse zwei Züge der Linie 60 zusammen, wobei sechs Personen unerheblich verletzt wurden. Die Störung, die durch den Zusammenstoß verursacht worden ist, betrug zwanzig Minuten. Der Zusammenstoß soll auf ein angebliches Versagen der elektrischen Bremse zurückzuführen sein. Der betreffende Wagen wurde sofort aus dem Verkehr gezogen. Die Bremsprobe ergab jedoch ein gutes Resultat. Die weitere Untersuchung des Wagens zeigte aber an einem Motor einen Kurzschluss. In-wieweit aber dieser Kurzschluss auf die Bremsvorrichtung Einfluss genommen hat, wird erst die nähere Untersuchung ergeben.

Frauengewerbeschule der Stadt Wien. Mitte September beginnen an der Frauengewerbeschule der Stadt Wien Nachmittags- und Abendkurse über Weissenähen, Kleidermachen, Schnittzeichnen, Modistenarbeiten und Frisieren. Einschreibungen für diese Kurse werden schon jetzt in der Kanzlei der Frauengewerbeschule, W., Margaretenstrasse 152, vorgenommen.

Ablenkung des Bahnhofrundverkehrs der städtischen Strassenbahnen. Wegen Gleisarbeiten auf dem Neubaugürtel wird der Bahnhofrundverkehr in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch in beiden Fahrtrichtungen von der Alserbachstrasse (Hotel Union) über die Linie 15 (Spitalgasse-Lazarettgasse-Kaiserstrasse-Wallgasse-Gumpendorferstrasse-Reinprechtsdorferstrasse) zum Matsleinsdorfer Platz geführt.

Keine Sitzungen im Rathaus. In dieser Woche findet weder eine Sitzung des Gemeinderates noch des Wiener Landtages statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

279

Wien, am Dienstag, den 11. September 1928

-----5  
Die Wohlfahrtspflege der Stadt Wien. In den letzten Tagen ist ein Werkchen über die Wohlfahrtspflege der Stadt Wien erschienen, das allgemeine Beachtung verdient. Das Büchlein, das vom städtischen Wohlfahrtsamt herausgegeben wurde, verfolgt den schätzenswerten Zweck, den ehrenamtlichen Fürsorgeräten der Stadt Wien ein gediegenes, aufschlussreiches Hand- und Nachschlagebuch zu sein. Es soll den Fürsorgern, deren es gegenwärtig auf Grund der letzten im Dezember 1927 vorgenommenen Wahlen 6037 gibt, die gesetzlichen Voraussetzungen und die technischen Durchführungsmöglichkeiten ihrer freiwillig übernommenen Pflichten vor Augen führen und damit jeden Fürsorger instandsetzen, sich einerseits über das gesamte Gebiet der Wohlfahrtspflege der Stadt Wien ein getreues Bild machen, andererseits sich in allen praktischen Fragen Rat aus dem Büchlein zu holen. Das 92 Seiten starke Werkchen, das gediegen ausgestattet ist, wird sicher seinen Zweck voll und ganz erfüllen. Bestellungen sind an das Wohlfahrtsamt der Stadt Wien, I., Rathausstrasse 9, zu richten.

-----  
Eine neue öffentliche Uhr. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat kürzlich beschlossen, an der Kreuzung Ring-Schwarzenbergplatz eine öffentliche Uhr aufzustellen.

-----  
226 Einkäscherungen im August. In der Feuerhalle der Stadt Wien wurden im August 226 Leichen eingekäschert. Von den Verstorbenen waren 123 Männer und 103 Frauen. Der römischkatholischen Religion gehörten 127 an, der altkatholischen 8, der evangelischen 11 und der mosaischen 21; 59 Einkäscherte waren konfessionslos. Unter den Verstorbenen waren 7 Kinder. 29 Leichen waren von auswärts.

-----

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:  
Karl H o n a y

279

Wien, am Mittwoch, den 12. September 1928

.....  
Grosse Arbeitsaufträge der Wiener Gemeindeverwaltung. In der letzten Zeit hat die Wiener Stadtverwaltung neue umfangreiche Bestellungen der verschiedensten Art an die Industrie und an das Gewerbe vergeben. Von den in der letzten Zeit ergangenen Aufträgen sind insbesondere die Bestellungen hervorzuheben, die der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen vergeben hat. In den letzten Wochen hat dieser Ausschuss für nicht weniger als rund acht Millionen Schilling Arbeitsaufträge erteilt. Die Bestellungen betreffen Erd- und Baumeisterarbeiten, Strassenerhaltungsarbeiten und Installationsarbeiten in den städtischen Wohnhausanlagen, die gegenwärtig errichtet werden. So wurden Erd-, Baumeister- und Betonarbeiten im Betrage von rund zwei Millionen Schilling vergeben, für Strassenherstellungs- und Erhaltungsarbeiten wurden für rund 1'25 Millionen Schilling Arbeitsaufträge erteilt und die Bestellungen für die Herstellungen einer Warmwasserbereitungs- und Badeanlage im Versorgungsheim Lainz machen über 800.000 Schilling aus. Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen vergab ferner die nötigen Bestellungen für Errichtung einer zentralen maschinellen Waschküchenanlage in der Wohnhausgruppe Heiligenstädterstrasse, Elektro-, Gas- und Wasserleitungsinstallationsarbeiten im Betrage von rund 400.000 Schilling sowie die Installationsarbeiten für die öffentliche elektrische Strassenbeleuchtung im Ausmass von über 100.000 Schilling. Ausserdem wurde noch eine grosse Zahl von Aufträgen erteilt, die insbesondere dem Bautischlergewerbe, dem Schlossergewerbe, dem Zimmermannsgewerbe, dem Spenglergewerbe und der Autoindustrie zugute kommen.

.....

Sitzungen von Bezirksvertretungen. Die nächste öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Wieden findet am Dienstag, den 18. September, um 16'30 Uhr im Sitzungssaale des Wiedener Gemeindehauses statt. Die Bezirksvertretung Meidling hält ihre nächste Sitzung am Donnerstag, den 27. September, um 18 Uhr ab.

.....

Herausgeber und verantw. Redakteur: 282  
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 13. September 1928.

-----  
445.153 Gaskonsumenten in Wien. Die Aufwärtsbewegung der Zahl der Gaskonsumenten, die seit Jahren zu verzeichnen ist, hält unvermindert an. Während am 31. Dezember 1913 in Wien nur 211.815 Gasabnehmer waren, zählten am 31. August die Wiener städtischen Gaswerke nicht weniger als 445.153 Konsumenten. Im August wurden nicht weniger als 2982 Gasmesser neu aufgestellt. Vom 1. Jänner bis 31. August wurden in insgesamt 64 Häusern mit 485 Wohnungen Teilzahlungsanlagen eingerichtet. Auch die Zahl der Gasgeräte und Gasöfen, die von den Wiener städtischen Gaswerken verkauft werden, nimmt ständig zu. Im Zuge der fortlaufenden Ausgestaltung der Gaswerke wurden auch im August wieder umfangreiche Bestellungen an die Industrie und an das Gewerbe vergeben.

-----  
Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Im Zuge der fortlaufenden Ausgestaltung der Wiener elektrischen Strassenbeleuchtung erhalten in der nächsten Zeit in Hietzing die Auhofstrasse bis zur Verbindungsbahn, die Hügelgasse und Neblingergasse die elektrische Beleuchtung.

-----  
Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien. Am 1. Oktober beginnen an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, VI., Brückengasse 3, folgende dreimonatige Kurse: Ein täglicher Vormittagskochkurs für einfache bis feinste Küche, Weissnäh- und Kleidernähkurse, ein Kochkurs, ein Servierkurs und ein Modistenkurs. Die Weissnäh-, Kleidernäh- und Kochkurse werden zweimal wöchentlich abends abgehalten. Der Abendkochkurs wird überdies auch an der Zweigstelle der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, III., Petrusgasse 10 gelesen. Am 1. November beginnen ein Abendkochkurs, ein Weissnähkurs und ein Kleidernähkurs (Einmal wöchentlich) für Hausgehilfinnen. Einschreibungen für diese Kurse werden täglich von 10 bis 14 Uhr und an Samstagen von 10 bis 13 Uhr vorgenommen. Prospekte sind beim Schulwart erhältlich. Die städtische Koch- und Haushaltungsschule ist unter den Fernsprechnummern B 25-419 und U 19-9-61 zu erreichen.

-----  
Bezirksvertretung Fünfhaus. Die Bezirksvertretung Fünfhaus hält ihre nächste öffentliche Sitzung am Donnerstag, den 20. September, um 18 Uhr im Gemeindehaus, Gasgasse 8 - 10, ab.

-----

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y.

283

Wien, am Freitag, den 14. September 1928

-----  
Kärntner Strassenbahner im Wiener Rathaus. Den Besuch des Hernalser Strassenbahner Gesangsvereines "Blitzrad" in Klagenfurt erwidern, hat der Kärntner Strassenbahner Gesangsverein eine Sängerfahrt nach Wien unternommen. Die Gäste, die am Montag angekommen sind und bis morgen Samstag in Wien bleiben, haben heute mittags dem Rathaus einen Besuch abgestattet, wo sie von Vizebürgermeister Emmerling im sogenannten steinernen Saal begrüsst wurden. Für die Reiseteilnehmer dankte Gemeinderat Steiner (Klagenfurt) für die freundliche Aufnahme, die die Gäste in Wien gefunden haben. Dem Empfang wohnten auch Präsident Hellmann, die Gemeinderäte Schneider und Weigl, Direktor Spängler und Vizedirektor Muhr bei. Die Kärntner Sänger haben gestern eine Fahrt durch das neue Wien unternommen, wobei sie einige städtische Wohnhausbauten sowie die bedeutendsten sozialen Schöpfungen der Gemeinde Wien eingehend besichtigten.

-----  
Der Brennstoffverbrauch der Gemeinde Wien. Bei einer mittleren Wintertemperatur in der Heizperiode 1926/27 von 0'3 Grad Celsius wurden in den Wiener städtischen Schulen, Amtshäusern, Kindergärten, Humanitäts- und sonstigen Anstalten der Gemeinde Wien 19,186.819 Kilogramm Kohle, 17,086.907 Kilogramm Koks, 2,041.739 Kilogramm Holz und schliesslich 2,565.776 Kubikmeter Gas verbraucht. Der Gesamtbrennstoffverbrauch in der Heizperiode 1927/28, die eine mittlere Wintertemperatur von -1'03 Grad Celsius aufwies, war entsprechend der kalten Witterung ein grösserer. In der letzten Heizperiode wurden 21,379.816 Kilogramm Kohle, 21,493.525 Kilogramm Koks, 2,068.104 Kilogramm Holz und endlich 3,158.838 Kubikmeter Gas verbraucht.

-----  
Pädagogisches Institut in Wien. In den viersemestrigen hochschulmässigen Lehrerbildungskursen am Pädagogischen Institut der Stadt Wien wird für das Studienjahr 1928/29 ein neuer Jahrgang eröffnet. Die Gesuche um Aufnahme sind bis längstens 24. September bei der Direktion einzubringen. Die weiteren Einzelheiten sind an der Ankündigungstafel im Pädagogischen Institut, Wien VII., Burggasse 14, zu ersehen.

-----

Wien, am Samstag, den 15. September 1928

Neuer Gebührentarif der Lagerhäuser der Stadt Wien. Der Gebührentarif der Lagerhäuser der Stadt Wien hat in der Kriegs- und Nachkriegszeit unter der Geldentwertung vielfache Wandlungen mitmachen müssen. Diese konnten sich aber meist nur fallweisen Notwendigkeiten anpassen. Nach Eintritt stabilerer Wirtschaftsverhältnisse ist nun die Zeit gekommen, den Tarif einer zusammenfassenden Um- und Ausgestaltung zu unterziehen. Mit der Neuerstellung des Tarifes verbanden die Lagerhäuser auch den Zweck, die zwischen den Donaulagerhäusern untereinander und zwischen ihnen und den Schiffahrtsgesellschaften bestehenden, vielfach zu Misshelligkeiten mit den Kommittenten führenden Tariffdifferenzen zu beseitigen und besonders im Getreideverkehr dem Verkehrsbedürfnisse angeglichene, allgemein gültige und damit auch dem Getreidehandel eine verlässliche Kalkulation ermöglichende Umschlags- und Einlagerungsgebühren zu schaffen. Die hierüber gepflogenen Unterhandlungen führten dazu, dass zunächst für die bayrischen Donaustationen ein einheitlicher Getreidelagerhaupttarif und im Zusammenhange damit eine Aufteilung des Getreideverkehrs zwischen den Lagerhäusern der Schiffahrtsgesellschaft und den übrigen bayrischen Donaulagerhäusern zustande kam. Anschliessend daran gelang es, auch zwischen den Lagerhäusern der Stadt Wien und den Schiffahrtsgesellschaften eine Tarifgleichheit und zur besseren, eine allmähliche Herabsetzung der Gebührensätze ermöglichenden Ausnützung der beiderseitigen Anlagen eine gemeinschaftliche Abwicklung des Getreideverkehrs in Wien zu schaffen. Auf der Basis dieser Tarifgleichheit ist der neue Gebührentarif der Lagerhäuser der Stadt Wien im Benehmen mit den Schiffahrtsgesellschaften und der Kammer der Börse für landwirtschaftliche Produkte aufgebaut worden. Er enthält im ersten Teil eine Zusammenfassung der auf dem Lagerhausgesetz und Reglement sowie auf den Handelsgebräuchen beruhenden Bestimmungen über die Abwicklung von Lagerhausgeschäften und im zweiten Teil die Gebührensätze, die zur Vereinfachung so weit als möglich als Pauschalgebühren festgesetzt sind und gegen bisher mannigfache Ermässigungen und zahlreiche Ergänzungen besonders für Konservierungs- und Veredelungsarbeiten enthalten. Auch mit den einschlägigen Stellen in Bratislava wurden wegen Beilegung des bisherigen Tarifkampfes zwischen den tschechoslowakischen und österreichischen Umschlagstationen Verhandlungen gepflogen, die aber noch zu keinem Ergebnis führten. Doch sehen bereits die Beteiligten ein, dass die Fortsetzung und Verschärfung dieses Tarifkampfes ihnen allen nur Nachteile bringen kann, weshalb nunmehr baldigst neue Verhandlungen aufgenommen werden, die diesmal eine möglichst weitgehende Beilegung der Verkehrskonkurrenz zwi-

schen Bratislava und Wien schaffen sollen. Wenn sich dann noch die österreichischen Getreideumschlags- und Lagerunternehmungen dem gemeinsamen Vorgehen anschliessen, wäre wenigstens zunächst im Getreideverkehr einer erfreulicher Anfang zur Herbeiführung eines friedlicheren Nebeneinanderarbeitens der Umschlagplätze an der mittleren und oberen Donau gemacht.

Das Leichenbegängnis des Feuerwehrmannes Neuwirth. Der bei der Ausfahrt der Hauptwache Döbling der städtischen Feuerwehr zu dem Brand auf dem Kahlenberg tödlich verunglückte Feuerwehrmann Neuwirth wurde gestern auf dem Sieweringer Friedhof zu Grabe getragen. An der Leichenfeier nahmen unter anderen amtsführender Stadtrat Julius Linder, Branddirektor Ingenieur Wagner, der Kommandant der Hauptfeuerwache Döbling Oberkommissar Ingenieur Axamit, die gesamte dienstfreie Mannschaft der städtischen Feuerwehr und Abteilungen der Sicherheitswache, der freiwilligen Feuerwehr Rudolfsbühl und der ehemaligen freiwilligen Feuerwehr Breitensee teil.

Belgische Gäste in Wien. Anlässlich des in den letzten Tagen abgehaltenen Internationalen Kongresses der Krankenkassenverbände besichtigten unter anderen auch die belgischen Delegierten unter Führung des Magistratsrates Dr. Asperger einige städtische Wohnhausbauten das Amalienbad und Anstalten des Wohlfahrtswesens. Die Mitglieder der Delegation waren Bürgermeister, Provinzialräte, Deputierte, Senatoren und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Die Gäste äusserten sich wiederholt in überaus bewundernswürdiger Weise über die neuen Schöpfungen der Gemeinde Wien. Der Sprecher der Delegation, Bürgermeister van de Meulebroecke von St. Gilles-Teugnede, bezeichnete die gesehene Einrichtungen als vorbildlich.

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zusammen. Am Freitag um 16 Uhr hält der Wiener Landtag eine Sitzung ab. Anschliessend daran tagt der Wiener Gemeinderat.

Urkundenfund im Bürgerversorgungshaus. Bei den Demolierungsarbeiten im Bürgerversorgungshaus wurden zwei Urkunden gefunden. Das eine gefundene Dokument ist die Urkunde über die Schlusssteinlegung der Kapelle im Bürgerversorgungshaus. Sie ist datiert vom 30. September 1860. Das Fund lag neben einigen Münzen, darunter sich auch eine Vereinsmünze aus Gold befindet, ein Plan des gesamten Hauses bei. Dieser trägt die eigenhändige Signatur des Architekten Ferdinand Fellner vom 17. September 1860. Das zweite aufgefundene Dokument, das sich ebenfalls in einer Glaskapsel befand, ist eine Urkunde des Kardinals Rauscher. Dieser lagen verschiedene Reliquien bei. Die Schlusssteinurkunde, die unter der Aufsicht sehr gelitten hat, wird dem Archiv des Bürgerhospitals eingebracht.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

235

Wien, am Samstag, den 15. September 1928. Zweite Ausgabe.

.....  
Schweinepest in Bretteldorf und Bruckhaufen. In letzter Zeit sind in Bretteldorf und Bruckhaufen eine grössere Anzahl von Schweinepestfällen sowie auch Verschleppungen in einen anderen Wiener Bezirk festgestellt worden. Das Amt der Wiener Landesregierung musste daher behufs Manthaltarg der Weiterverbreitung der Seuche entsprechende Sperrmassnahmen anordnen. In einer heute erlassenen Kundmachung wurden die vom Donaustrom, von der Wagramerstrasse, von der alten Donau und von der Floridsdorfer Brücke umgrenzten Gebiete als "verseucht" erklärt und die Einfuhr und ohne behördliche Bewilligung auch die Ausfuhr von lebenden Schweinen für dieses Gebiet verboten. Ausserdem wurde das freie Herumlaufenlassen der Schweine sowie das gemeinschaftliche Treiben von Schweinen aus verschiedenen Gehöften zur Weide untersagt. Alle im Seuchengebiet zur Schlachtung gelangenden Schweine unterliegen der Vieh- und Fleischschau.

.....  
Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses spricht morgen Sonntag um 10 Uhr 30 vormittags Dr. Franz J. Zrzavy über "Konjunkturforschung".

Wien, am Montag, den 17. September 1928

.....

Jubilare der Ehe. Vergangenen Samstag überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Julius Linder dem Ehepaare Karl und Johanna Horn anlässlich seiner diamantenen Hochzeit und dem Ehepaaren Fridolin und Anna Klinka, Anton und Marie Hostynek, Julius und Marie Kuhn und Franz und Marie Schmid anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

.....

Ablenkung des Bahnhofrundverkehrs. Wegen Gleisarbeiten in der Wallensteinstrasse wird der Bahnhofrundverkehr in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch in beiden Fahrtrichtungen vom Nordwestbahnhof über die Taborstrasse-Kai-Porzellangasse-Lichtenwerderplatz zum Gürtel geführt.

.....

Aussee Gäste im Rathaus. Eine grössere Reisegesellschaft von Salinen- und Holzarbeitern aus Aussee ist vor einigen Tagen zum Besuch des Musikvereines der städtischen Strassenbahnen nach Wien gekommen. Die Gäste statteten heute mittags dem Rathaus einen Besuch ab, wo sie im Gemeinderatsitzungssaal vom amtsführenden Stadtrat Qairin Kokrda begrüsst wurden. Im Namen der Reisegesellschaft dankte Schlömmer (Aussee) für die freundliche Aufnahme, die die Gäste in Wien gefunden haben. Die Reisegesellschaft besichtigte dann die Schauräume des Wiener Rathauses.

.....

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses findet morgen Dienstag um 17<sup>30</sup> Uhr eine allgemeine Führung statt.

.....

Sitzungen von Bezirksvertretungen. Am Donnerstag, den 20. September, um 18 Uhr hält die Bezirksvertretung Neubau eine öffentliche Sitzung ab. Die Bezirksvertretung Margareten tritt am Montag, den 24. September, um 17 Uhr zusammen.

.....

Strassenherstellungen. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat kürzlich eine Reihe umfangreicher Strassenumbauten und Strassenherstellungen beschlossen. So werden in der nächsten Zeit Walzasphalt- und Holzpflasterherstellungen sowie Strassenumbauten auf der Wieden in der Wiedener Hauptstrasse zwischen der Paulaner- und Schlüsselgasse, in Meidling in der Koppreitergasse, Rollingergasse, Erlgasse, Längelfeldgasse, Assmayergasse und Klährgasse, in Hietzing in der Einsiedeleigasse, in Rudolfsheim in der Meiselstrasse, in Ottakring in der Thaliastrasse und schliesslich in der Brigittenau in der Bäuerlegasse, Karangasse, Petraschgasse, Karl Meisslstrasse und in der Heinzelmännstrasse durchgeführt.

Wien, am Dienstag, den 18. September 1928

Wiener Landtag. Die Wiener Landesregierung hat sich in ihrer heutigen Sitzung mit den Einsprüchen der Bundesregierung gegen die Gesetzesbeschlüsse des Landtages betreffend Landesersatzgesetze auf dem Gebiete des Schubwesens und auf dem der Strassenpolizei befasst. Da die Landesregierung den zum grössten Teil verfassungsrechtlichen Einwendungen die Berechtigung nicht zuerkennen konnte, wurde beschlossen, dem Landtage zu empfehlen, den Gesetzesbeschluss betreffend das Schubwesen unverändert zu wiederholen und für die Strassenpolizei eine neue Gesetzesvorlage einzubringen, die, von einigen geringfügigen Änderungen abgesehen, mit der vom Landtag bereits beschlossenen Vorlage übereinstimmt und nur eine geänderte Fassung hinsichtlich der bereits in der früheren Vorlage vorgesehenen provisorischen Weiterverwendung der Bundespolizeiorgane für den Strassendienst enthält. Diese Bestimmung lautet nunmehr: "(1) Die unmittelbare Überwachung der strassenpolizeilichen Vorschriften und die Regelung des Verkehrs (Strassendienst) obliegen Organen der Gemeinde Wien. (2) Bis zu einem von der Landesregierung zu bestimmenden Zeitpunkt, den die Landesregierung der Bundesregierung mindestens sechs Monate vorher mitzuteilen hat, wird aber die Bundespolizeidirektion Wien damit betraut, diesen Strassendienst wie bisher durch ihre Organe zu versehen." Dem am Freitag tagenden Landtag wird somit der Antrag vorliegen, den Schubgesetzbeschluss unverändert zu wiederholen und die geänderte Vorlage für die Strassenpolizei zu beschliessen. Wenn der Landtag diesen Anträgen stattgibt, so kann das Schubgesetz ohneweiters kundgemacht werden und es tritt mit den anderen Landesersatzgesetzen am 1. Oktober 1928 in Kraft. Gegen den neuen Gesetzesbeschluss über die Strassenpolizei steht der Bundesregierung ein neuerlicher Einspruch zu, der aber nur eine Wiederholung des bereits eingebrachten bedeutet, sodass der Landtag noch in diesem Monat Gelegenheit haben wird, den Wiederholungsbeschluss zu fassen, worauf die Bundesregierung das Recht hat, das Gesetz beim Verfassungsgerichtshof anzufechten. Die Landesregierung hat auch beschlossen, dem Landtag die Wiederholung des Theatergesetzbeschlusses zu empfehlen, gegen den die Bundesregierung gleichfalls Einspruch erhoben hat. Nach der Wiederholung des Beschlusses wird auch dieses Gesetz in Kraft treten. Ausserdem wurden in der Landesregierung eingebracht: 1.) Ein Landesschulgesetz, das in Übereinstimmung mit dem vom Nationalrat bereits beschlossenen Gesetz anordnet, dass die Schulpflicht mit dem vollendeten 6. Lebensjahr beginnt und acht Schuljahre dauert und dass der Austritt nur am Schlusse des Schuljahres erfolgen darf. Durch das Landesgesetz wird diese Abänderung des Reichsvolksschulgesetzes für Wien wirksam. 2.) Ein Landesersatzgesetz auf dem Gebiete der Zwangsarbeits- und Besserungsanstalten, das in der gleichen Form auch in den anderen Ländern teils schon beschlossen, teils in Vorbereitung ist und am 1. Oktober 1928 in Wirksamkeit treten muss.

Neue städtische Schulleiter und Schulleiterinnen. Der Stadtsenat hat heute auf Antrag des städtischen Personalreferenten Stadtrat Speiser eine Reihe von erledigten Schulleiterstellen besetzt. Zu Bürgerschuldirektoren wurden ernannt: Josef Ledl, Knabenbürger-(Haupt-)schule, II., Pazmantengasse 26, Otto Stark, Knabenbürger-(Haupt-)schule, II., Schwarzinger-gasse 4, Robert Wögrath, Knabenbürger-(Haupt-)schule, XI., Enkplatz 4, Otmar Schala, Knabenbürger-(Haupt-)schule, XVI., Schuhmeierplatz 18, Hermann Drexler, Knabenbürger-(Haupt-)schule, XVII., Kalvarienberggasse 33, Friedrich Weiss, Knabenbürger-(Haupt-)schule, XVIII., Cottagegasse 17, Franz Fetter, Knabenbürger-(Haupt-)schule, XIX., Grinzingerstrasse 61, Franz Hanek, Knabenbürger-(Haupt-)schule, XIX., Pyrker-gasse 16, Josef Haubner, Knabenbürger-(Haupt-)schule, XX., Leipzigerplatz 1, Karl Kirschner, Knaben-

bürger-(Haupt-)schule, XXI., Kahlgasse 8, Isidor Gröger, Mädchenbürger-(Haupt-)schule, III., Dietrichgasse 36, Ferdinand Schmidt, Mädchenbürger-schule, III., Reisnergasse 43, Josef Hoffmann, Mädchenbürger-(Haupt-)schule, V., Castellgasse 9, Anton Strahammer, Mädchenbürger-(Haupt-)schule, I., Quellenstrasse 31, Josef Kroh, Mädchenbürger-(Haupt-)schule, X., Siocardsburggasse 57, Adolf Hauscher, Mädchenbürger-(Haupt-)schule, II., Enkplatz 4, Georg Langer, Mädchenbürger-(Haupt-)schule, XVI., Lorenz-Mandlgasse 58, Karl Janhuba, Mädchenbürger-(Haupt-)schule, XVI., Wur-litzergasse 59, Johann Fuchs, Knaben- und Mädchenbürgerschule, I., Stubenbastei 3, Rudolf Niedler, Knaben- und Mädchenbürger-(Haupt-)schule, X., Hebbelplatz 1/2, Heinrich Miller, Knaben- und Mädchenbürger-(Haupt-)schule, XI., Haackelplatz 1, Richard Leutner, Knaben- und Mädchenbürger-(Haupt-)schule, XIII., Mathsamgasse 1, Leopold Pfeffer, Knaben- und Mädchenhauptschule, 21., Ostparkgasse 30, Josef Warfer, Knaben- und Mädchen Volks- und Bürger- (Haupt-)schule, VIII., Albertgasse 23; zu Bürgerschuldirektorinnen wurden ernannt: Olga Scheidt, Mädchenbürger-(Haupt-)schule, II., Wolfgang Schmälzlgasse 13, Margarete Herbeck, Mädchenbürger- (Haupt-)schule, VII., Stiftgasse 35, Auguste Urban, Mädchenbürgerschule, VII., Zieglergasse 49, Hermine Diwald, Mädchenbürger-(Haupt-)schule, VIII., Zeltgasse 7, Karoline Krainz, Mädchenbürger- (Haupt-)schule, IX., Glasergasse 8, Ida Daninger, Mädchenbürger-(Haupt-)schule, X., Antonplatz 11, Adelheid Schöfer, Mädchenbürger-(Haupt-)schule, XVII., Parhammerplatz 18, Hermine Witthalm, Mädchen Volks- und Bürgerschule, II., Holzhausergasse 7, Anna Martin, Mädchen Volks- und Bürger- (Haupt-)schule, II., Schüttauplatz 18, Emilie Beier, Mädchen Volks- und Bürgerschule, XIII., Feldmühlgasse 26, Hermine Czerny, Mädchen Volks- und Bürger- (Haupt-)schule, XVIII., Scho-penhauerstr. 79; zu Oberlehrern wurden ernannt: Otto Kreuzer, Knabenvolks-schule, III., Erdbergstrasse 76, Benedikt Felix, Knabenvolkschule, VIII., Albertgasse 52, Otto Steppen, Knabenvolkschule X., Hebbelplatz 1, Ferdinand Jelinek, Knabenvolkschule, X., Thavonatgasse 20, Rudolf Krause, Knabenvolkschule XI., Braunhubergasse 3, Franz Golling, Knabenvolkschule, XI., Herderplatz 1, Anton Eiber, Knabenvolkschule, XII., Joh. Hoffmanplatz 19, Hugo Elobner, Knabenvolkschule, 12., Rucker-gasse 44, Johann Peter Wolf, Knabenvolkschule, XIV., Meiselstr. 19, Emmerich Kumhofer, Knabenvolkschule, XIV., Stättermeyergasse 29, Hermann Maurer, Knabenvolkschule, XX., Treustrasse 9, Franz Hagenbucher, Knabenvolkschule, XXI., Kuenburggasse 1, Robert Grössl, Knabenvolkschule XXI., Wenhartgasse 34, Severin Zehetmayer, Knaben- und Mädchenvolkschule X., Triesterstr. 114, Franz Sailer, Knaben- und Mädchenvolkschule, XI., Münnichplatz 6, Albert Mender, Knaben- und Mädchenvolkschule, XIII., Am Platz 2, Johann Siebert, Knaben- und Mädchenvolkschule, XIII., Siebeneichengasse 15, Anton Fraunhofer, Knaben- und Mädchen-volkschule, 19., Managettgasse 1, Alfred Schmid, Knaben- und Mäd-chenvolkschule, XX., Vorgartenstrasse 50; zu Oberlehrerinnen wurden ernannt: Helene Faby, Mädchenvolkschule, 5., Nikolsdorfergasse 18, Kamilla List, Mädchenvolkschule, X., Herzgasse 87, Charlotte Daninger, Mädchenvolkschule, X., Kepplerplatz 7, Philippine Bayer, Mädchenvolkschule, XI., Molitorgasse 11, Juliane Ibl, Mädchenvolks-schule, 14., Johnstrasse 40, Martha Dingl, Mädchenvolkschule, 14., Kellinggasse 7, Stefanie Wolf, Mädchenvolkschule, 15., Friesg. 10, Marie Preher, Mädchenvolkschule, 17., Halirschgasse 25, Barbara Kocss, Mädchenvolkschule, 17., Rupertusplatz 1, Katharina Jelinek, Mädchen-volkschule, XVIII., Bischof Faberplatz 1, und Emma Eyle, Mädchen-volkschule, XX., Leystrasse 36.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Im Zuge der Ausge-staltung der Wiener elektrischen Strassenbeleuchtung wird in den nächs-ten Tagen die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in Meidling in der Dunklergasse, Kobinger-gasse, Kobingersteg, Hebergasse, Eich-horn-gasse, Reschgasse, Grieshofgasse, Arndtstrasse und Mandlgasse, in Ru-dolfsheim in der Diefenbachgasse und Ortnergasse, in Ottakring auf dem Kongressplatz und im Franz Siegel-park und schliesslich in Floridsdorf in der Feleseeerstrasse in Betrieb gesetzt. A. Schünig

Wien, am Mittwoch, den 19. September 1928.

Freiplätze an der Hochschule für Welthandel. Für das Studienjahr 1928/1929 werden von der Gemeinde Wien fünf Freiplätze an Hörer der ersten zwei Semester der Hochschule für Welthandel verliehen. Zur Bewerbung sind in Wien heimatberechtigte bedürftige Absolventen der Gymnasien, Realschulen und Staatsgewerbeschulen berufen, die die Reifeprüfung mit Erfolg abgelegt haben und ein tadelloser sittlicher Betragen aufweisen. Die an der Wiener Magistrat, Abteilung 8, zu richtenden Gesuche sind bis längstens 29. September bei der Hochschule für Welthandel, XIX., Felix Mottlstrasse 1c, einzureichen. Anzuschliessen sind der Geburts- (Tauf-) und Heimatschein, ein Mittellosigkeitszeugnis, aus dem die Erwerbs-, Vermögens- und Familienverhältnisse des Bewerbers und seiner unterhaltspflichtigen Angehörigen, insbesondere auch der allfällige Genuss von Stipendien oder Freiplätzen des Bewerbers oder seiner Geschwister zu ersehen sind, ferner die letzten Studienzeugnisse und das Zeugnis über die Reifeprüfung.

Aussiger Gäste in Wien. Der Fremdenverkehrsverband Elbetal hat kürzlich eine Gesellschaftsreise nach Wien veranstaltet. Die Reiseteilnehmer stellten am vergangenen Sonntag dem Wiener Rathaus einen Besuch ab, wo sie im Steinernen Saal in Vertretung des Bürgermeisters vom amtsführenden Stadtrat Julius Linder begrüsst wurden. Für die Gäste dankte Sekretär Weber (Aussig) für die freundliche Aufnahme, die die Reisegesellschaft in Wien gefunden hat. Die Gäste schieden mit dem Versprechen, in ihrer Heimat neue Freunde für das schöne Wien zu werben, dessen Gastlichkeit von keiner anderen Stadt übertroffen werden kann.

Hauptversammlung der Deutschen Geologischen Gesellschaft. Die Teilnehmer an der in Wien tagenden Hauptversammlung der Deutschen Geologischen Gesellschaft wurden heute nachmittags im Wiener Rathaus im Stadtsenatssitzungssaal von Bürgermeister Seitz empfangen. In seinem Willkommgruss an die Gäste betonte Bürgermeister Seitz, dass es für die Stadt Wien immer eine Herzenssache ist, deutsche Gäste begrüessen zu können. Die grossen wissenschaftlichen Leistungen, die auf der Hauptversammlung erzielt wurden, gereichen dem deutschen Volk zur grössten Ehre. Für die Gäste dankten der Vizepräsident der Wiener Geologischen Gesellschaft Sektionschef Ingenieur Rotky und der Vorsitzende der Deutschen Geologischen Gesellschaft Professor Dr. Fliegel (Berlin) für die überaus freundliche Aufnahme, die die Gäste in Wien gefunden haben. Dem Empfang wohnten unter andern die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, die amtsführenden Stadträte Linder und Speiger, Stadtrat Rumelhardt sowie Landtagspräsident Hellmann bei.

Ausschreibung. Die Gemeinde Wien beabsichtigt den Betrieb der beiden öffentlichen Rollüberfahren über den Donaukanal im Zuge der 1. Heidequerstrasse in Simmering und der Jägerzeile in der Leopoldstadt etwas unterhalb der Staatseisenbahnbrücke in der Freudenu und auf der Landstrasse im Zuge der Heidingergasse und der Friedensgasse in der Leopoldstadt vom 1. Jänner 1929 an auf fünf Jahre pachtweise zu vergeben. Bewerbungsgesuche sind für jede der beiden Ueberfahren getrennt unter Stellung eines Angebotes bis längstens 15. Oktober bei der Magistratsabteilung 34 B, Wien, VI., Grabnergasse 6, II. Stock, einzubringen. Den Angeboten sind als Beilagen die Geburts- und Heimatsdokumente, ein polizeiliches Leumundszeugnis und die Schiffspapiere der Bewerber anzuschliessen. Sollte die Bestellung einer dritten Person als Fährmann in Aussicht genommen sein, so sind die Schiffspapiere des Fährmannes beizubringen, sowie dessen Geburts- und Heimatsdokumente. Die Pachtbedingungen und sonstigen Behelfe liegen in der Magistratsabteilung 34 B an Werktagen während der gewöhnlichen Amtsstunden zur Einsicht aus.

Wien, am Donnerstag, den 20. September 1928

Eine Pariser Studienkommission in Wien. In Erwiderung des Besuches, den eine Studienkommission des Wiener Fortbildungsschulrates im April dem technischen und insbesondere dem gewerblichen Fortbildungsschulwesen von Paris gemacht hat, entsendeten die Stadt und die Handelskammer Paris eine Delegation zum Studium des Wiener Schulwesens sowie des gewerblichen Fortbildungsschulwesens nach Wien. Der französische Unterrichtsminister Herriot hat mit der Führung der Delegation den Generaldirektor für das technische Unterrichtswesen Frankreichs Labbe und den Direktor des Volksschulunterrichtes von Paris Leconte betraut. Von der Stadt Paris wurden der Präsident des stadtträtlichen Ausschusses für Unterricht und Kunst Deville, Gemeinderat Contenot, der auch Mitglied der Handelskammer ist, und der Generalinspektor des technischen Unterrichtswesens Fontegne entsendet. Für die Pariser Handelskammer nehmen an der Delegation der Präsident der Handelskammer Baudet, der Präsident des Verwaltungsausschusses der Lehrwerkstätte der Pariser Handelskammer Gaillard, der Sekretär der Handelskammer Bouche und der Generaldirektor der Lehrwerkstätten der Handelskammer Lomont teil. Die Gäste besuchten Mittwoch das Erste Zentralfortbildungsschulgebäude in der Mollardgasse, wo sie vom Obmann des Wiener Fortbildungsschulrates Abgeordneten Volkert begrüßt wurden. Nach einem instruktiven Vortrag des geschäftsführenden Obmann-Stellvertreters des Wiener Fortbildungsschulrates Gemeinderat Täubler über das gewerbliche Fortbildungsschulwesen in Wien besuchte die Delegation unter Führung des Abgeordneten Volkert des Vizebürgermeisters Hoss, des Gemeinderates Täubler sowie des Sektionschefs Dr. Vetter die Lehrwerkstätten der Friseur-, Mechaniker-, der Glaser- und Glasschleifer-, der Zuckerbäcker-, Gas- und Wasserleitungsinstallateure-, der Schuhmacher-, Hutmacher-, Huf- und Wagenschmiede-, Bauschlosser-, der Maschinenschlosser-, Feinzeugschmiede und Dreher-, der Kupferschmiede-, Auto- und Feinmechaniker-, der Buchdrucker und Schriftsetzer-, der Optiker-, Uhrmacher und Kürschner sowie die Laboratorien der Elektrotechniker. Die Gäste verfolgten mit grossem Interesse die Arbeiten der Lehrlinge und den theoretischen Unterricht in den verschiedenen Gewerben, worüber Schulamtsdirektor Regierungsrat Höttl und die Oberdirektoren Halmschlager und Dr. Scheidl verschiedene Erläuterungen gaben. Schliesslich besuchten die Gäste auch die Bundeslehranstalt für Frauengewerbe, die ebenfalls im Zentralfortbildungsschulgebäude des Wiener Fortbildungsschulrates untergebracht ist. Nach einem Besuch des Präsidenten der Wiener Handelskammer Kommerzialrat Tilgner besichtigte die Delegation das Gebäude der Wiener Handelskammer, die kaufmännischen Fortbildungsschulen sowie die Handelsakademie des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft. Mittwoch abends waren die Pariser Gäste von der Wiener Handelskammer zu einem Abendessen im Hotel Imperial geladen.

Freiplätze an der Schule für freie und angewandte Kunst. An der Schule für freie und angewandte Kunst des Vereines "Wiener Frauenakademie und Schule für freie und angewandte Kunst" werden vom Studienjahr 1928/29 angefangen drei ganze Freiplätze und ein Halbfreiplatz der Gemeinde Wien verliehen. Die Freiplätze befreien von der Entrichtung des ganzen beziehungsweise des halben Schulgeldes, nicht aber von der Zahlung der Einschreibgebühr und des Lehrmittelbeitrages. Zum Genuss dieser Freiplätze sind nur unbemittelte Schülerinnen der genannten Lehranstalt berufen, die einen Hauptkurs besuchen. Hospitantinnen und Besucherinnen von Hilfs- und Fachkursen sind von der Verleihung eines

Freiplatzes ausgeschlossen. Unter sonst gleichen Bedingungen haben nach Wien zuständige Gesuchstellerinnen den Vorzug. Die Bewerberinnen um diese Freiplätze müssen die österr. Bundesbürgerschaft besitzen und haben ihre Gesuche unmittelbar beim Wiener Magistrat, Abteilung, bis 29. September einzubringen. Vor Ueberreichung der Gesuche haben die Bewerberinnen zum Zwecke der Berufsberatung und der psychotechnischen Eignungsprüfung im Berufsberatungsamt der Stadt Wien, VII., Hermannsgasse 28, vorzusprechen. Dem Gesuche sind der Geburts- (Tauf-)schein, der Heimatschein, das letzte Schulzeugnis, allenfalls entsprechende Studienzeugnisse, ein legales Mittellosigkeitszeugnis beizuschliessen. Die mit einem Mittellosigkeitszeugnis belegten Gesuche sind stempelfrei. Bisher gemachte Zeichenproben oder ausgeführte Arbeiten sind bis längstens Ende September an Professor Otto Friedrich, Wien, III., Henslerstrasse 3, zu senden. Die Freiplätze werden auf die regelmässige Studiendauer unter der Voraussetzung verliehen, dass die Schülerinnen einen guten Fortgang und ein befriedigendes sittliches Betragen aufweisen.

Sitzungen von Bezirksvertretungen. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund findet am Mittwoch, den 26. September, um 17 Uhr statt. Die Bezirksvertretung Landstrasse tritt am Donnerstag, den 27. September, um 17 Uhr zusammen. Die Bezirksvertretung Favoriten hält am Freitag, den 28. September, um 16 Uhr eine Plenarsitzung ab. Die für Montag, den 24. September, anberaumte Sitzung der Bezirksvertretung Margareten wird auf Montag, den 1. Oktober, verschoben.

Tuberkulosefürsorge für Kleinkinder und Säuglinge. Bekanntlich hat schon vor zwei Jahren der gemeinderätliche Wohlfahrtsausschuss auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Professor Dr. Tandler für die Unterbringung von tuberkulosegefährdeten Kleinkindern und Säuglingen, die noch gesund sind, aber durch ihre Umgebung in ständiger Infektionsgefahr stehen, die notwendigen Geldmittel zur Unterbringung dieser Kinder in geeigneten Pflegefamilien zur Verfügung gestellt. Nunmehr hat der gemeinderätliche Wohlfahrtsausschuss beschlossen, diesen Pflegekindern in Berücksichtigungswürdigen Fällen auch die notwendige Bekleidung und Wäsche vor ihrer Abgabe an die Pflegestellen beizustellen.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Im Zuge der Ausgestaltung der Wiener elektrischen Strassenbeleuchtung erhalten in der nächsten Zeit in Meidling die Pohlgasse, Rauchgasse, Erlgasse, Spiesshamnergasse und die Zeleborgasse die elektrische Strassenbeleuchtung.

Eine Zentralwäscherei in der Wohnhausanlage Gaudenzdorfergürtel. Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat kürzlich den Entwurf für eine Zentralwäscherei in der Wohnhausanlage der Gemeinde Wien Gaudenzdorfergürtel genehmigt. Die Pläne für die Zentralwäscherei stammen vom Architekten August Hanser. Die Wäscherei, die im Hofe der Wohnhausanlage untergebracht wird, umfasst 16 Waschkabinen, 6 Waschmaschinen, 4 Zentrifugen, ferner einen Heisslufttrockenraum und einen Mangel- sowie Bügelraum. Für die ganze Anlage ist elektrischer Betrieb vorgesehen. Die Kosten der Anlage sind mit ungefähr 450.000 Schilling veranschlagt.

Wien, am Freitag, den 21. September 1928

.....

Die Pariser Studiendelegation im Wiener Rathaus. Wie schon gemeldet, hat in Erwidierung des Besuches, den eine Studienkommission des Wiener Fortbildungsschulrates im April dem technischen und insbesondere dem gewerblichen Fortbildungsschulwesen von Paris gemacht hat, die Stadt und die Handelskammer Paris eine Delegation zum Studium des Wiener Schulwesens sowie des gewerblichen Fortbildungsschulen nach Wien entsendet. Die Studienkommission, der unter andern der Generaldirektor für das technische Unterrichtswesen Frankreichs Labbe, der Präsident des Pariser stadträtlichen Ausschusses für Unterricht und Kunst Deville sowie der Präsident der Pariser Handelskammer Baudet angehören, wurde heute mit tag im Wiener Rathaus im Steinernen Saal von Bürgermeister Seitz empfangen. Präsident Deville und Generaldirektor Labbe dankten für die überaus gastliche Aufnahme, die die Studienkommission in Wien gefunden hat. Die Gastfreundlichkeit Wien ist weltbekannt. Die Hoffnungen der Pariser Gäste wurden aber weit übertroffen. Sie wurden in Wien nicht als Gäste, sondern als Freunde empfangen, die nun vom ganzen Herzen wünschen, dass Wien und Paris die Schwesterstädte für immer bleiben mögen, die das Band des Friedens der Freundschaft vereinigt. Bürgermeister Seitz dankte zunächst den Gästen für ihren Besuch, der im Zeichen der Freundschaft der beiden Städte Wien und Paris steht. Um dieser eine innige Pflege angedeihen lassen zu können, bedarf es vor allem der Erziehung der Jugend zu Menschen, die die hohe Idee des Friedens gegen Krieg und Gewalt verteidigen. Der Generalinspektor des technischen Unterrichtswesens Fontegne übersetzte die Reden der Pariser Gäste in die deutsche Sprache. Sektionschef Dr. Vetter die Begrüßungsansprache des Bürgermeisters in die französische Sprache. Dem Empfang wohnten unter andern Präsident Glöckel, Landtagspräsident Hellmann, Vizebürgermeister Hoss, amtsführender Stadtrat Speiser, der Obmann des Wiener Fortbildungsschulrates Abgeordneter Volkert mit Gemeinderat Täubler und Abgeordneter Sever bei.

.....

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses spricht übermorgen Sonntag um 10'30 Uhr vormittag Dr. Edgar Zilsel über "Die Entwicklung der Menschheit",

.....

## WIENER LANDTAG

Sitzung vom 21. September 1928

Präsident Dr. Danneberg eröffnet die Sitzung um 4 Uhr nachmittags.

GR. Bermann referiert über den ersten Punkt der Tagesordnung das ist die Wiederholung des Gesetzesbeschlusses betreffend das Schubgesetz, und beantragt hinsichtlich dieses Gesetzes den Beharrungsbeschluss zu fassen.

Abg. Kunschak erinnert an die Erklärung seiner Partei anlässlich der ersten Behandlung dieses Gesetzes dass sie für dieses Gesetz aus meritorischen und verfassungsrechtlichen Gründen nicht stimmen könne Die Regierung hat indessen Einspruch gegen dieses Gesetz erhoben. Seit dem ersten Beschluss hat sich an der Rechts- und Sachlage nichts geändert. Wir können daher auch dem Beharrungsbeschluss unsere Zustimmung nicht erteilen.

Gemäss dem Antrag des Berichterstatters wird beschlossen, den Gesetzesbeschluss vom Mai 1928 betreffend das Schubgesetz zu wiederholen.

Berichterstatter Linder referiert über die Wiederholung des Gesetzesbeschlusses betreffend das Wiener Theatergesetz. Er verweist darauf, dass die Regierung sich in ihrem Einspruche gegen den Beschluss des Wiener Landtages auf § 10 des Verfassungsübergangsgesetzes beruft wonach die Polizeibehörden Bundesbehörden werden und als solche die Bundesgeschäfte zu besorgen haben. Ferner hat die Regierung Bedenken gegen die Bestimmung des Gesetzes im Bezug auf die Veranstaltungen nach diesem Gesetz in dem sie vermeint, dass auch hier in die Bundeskompetenzen eingegriffen wird. Die Regierung hat aus einem ähnlichen Grunde gegen das Kinoggesetz unter Berufung des § 10 des Verfassungsübergangsgesetzes Einspruch erhoben, hat aber beim Verfassungsgerichtshof nicht Recht behalten. Da der Magistrat in diesem Falle ebenfalls der Meinung ist, dass die Einwendungen der Regierung nicht stichhältig sind, stellt der Berichterstatter den Antrag auf Wiederholung des Gesetzesbeschlusses.

Abg. Rummelhardt bemerkt, der Berichterstatter habe nun einen ganz kleinen Teil der Einspruchsgründe der Regierung mitgeteilt. Mit dem Kinoggesetz ist diese Angelegenheit keinesfalls erledigt, denn die Materie ist hier eine ganz andere als beim Kinoggesetz. Der Wiener Landtag setzt hier zweifellos einen Gewaltakt gegen die Verfassung. § 10 des Verfassungsübergangsgesetzes spricht ganz klar aus, dass das Theaterwesen weiter Bundessache zu bleiben hat und es gehört schon sehr viel Spitzfindigkeit dazu, dem Wiener Landtag ein eigenes Theatergesetz vorzulegen. Da wir auf dem Boden der Verfassung stehen, können wir einem Gesetz die Zustimmung nicht geben, dass in so vielem Belangen gegen die Verfassung ist. Es ist zunächst ganz verfassungswidrig, der Polizei die Agenden des Theater- und Spektakelwesens wegnehmen zu wollen. Der wahre Grund, warum das geschieht, ist hier bloss Hass gegen die Wiener Polizei. Die neue Schutzmannschaft, die Sie mit der Aufsicht über das Theaterwesen betrauen wollen, kennen wir nicht und wir haben kein Vertrauen zu ihr. Es ist nichts vorgefallen, was es begründen würde, der Polizei die Aufsicht über das Theater wegzunehmen und was Sie hier tun ist eine Frivolität, die unabsehbare

Folgen nachsich ziehen kann. Sie vergehen sich aber auch gegen die Gewerbeordnung, gegen die Arbeiterschutzgesetzgebung und gegen die Sanitätsgesetzgebung. Schaffen Sie nicht Bestimmungen, die in manchen Beziehungen das Theaterwesen noch mehr herunterbringen, als es Ihre Steuerpolitik schon getan hat. Auch wollen Sie hier durch eine Hintertür die Anzeigen für Aufzüge und Versammlungen/arrogiere. Aus lokalpatriotischen Gründen sollte man eigentlich wünschen, dass der Beschluss des Landtags auch durchgeführt wird. Da Sie aber so schwere Fehler begangen haben, können wir im Interesse des Theaters und der Kunst sowie der Versammlungsfreiheit nicht für den Beharrungsbeschluss stimmen und es ist zu wünschen, dass der Verfassungsgerichtshof das Gesetz nicht zulässt, sondern das aufhebt, was gegen die bestehenden Bundesgesetze ist (Lebhafter Beifall bei der E. L.)

Abg. Pfeiffer bemerkt, dass die Gründe die das Bundeskanzleramt für den Einspruch anführt, sehr einleuchtend sind, dass aber der Magistrat und der Referent zu diesen Einwendungen sogar wie gar nichts sagt. Es wird nichts gesagt über den Wirrwarr der entstehen muss, wenn zweierlei Behörden Veranstaltungen gestatten können. Es ist nicht gesagt über den Eingriff in die Gewerbeordnung, nichts hinsichtlich der Entfernung von Ruhestörern und auch nichts über die Einwendungen hinsichtlich der Anmeldepflicht. All das ist Grund genug um eine Zustimmung zum Beharrungsbeschluss unmöglich zu machen. Auch hier zeigt sich die ~~stumpfe~~ ärgste Gehässigkeit der Mehrheit gegen die Bundesregierung und gegen alle Bundesbehörden. Man hat zum Beispiel auch in den letzten Tagen auch lesen können, dass der Vorsitzende des sozialdemokratischen Parteitages dem Bundeskanzler für das Blutbad am 15. Juli verantwortlich gemacht hat und das er ihn dafür verantwortlich machen will, wenn es am 7. Oktober wieder zu einem Blutbad kommt. Das zeigt, wie gehässig Sie sind.

Landeshauptmann Seitz: Sie sagen eine Unwahrheit! Sie haben irgendwo gelesen, dass der Vorsitzende des Parteitages eine solche Bemerkung gemacht hat?

Abg. Dr. Pfeiffer: Es ist in den Zeitungen gestanden, dass Skar et als der Vorsitzende des Parteitages diese Bemerkung gemacht hat!

Landeshauptmann Seitz: Das ist nicht in den Zeitungen gestanden! dass der Vorsitzende des Parteitages das gesagt hätte!

Abg. Dr. Pfeiffer: Abg. Skar et hat diese Bemerkung gemacht und es ist gleichgültig ob er der Vorsitzende des Parteitages war, jedenfalls hat ein führender Sozialdemokrat diese Bemerkung gemacht!

Landeshauptmann Seitz: Dann sagen Sie doch nicht, dass der Vorsitzende des Parteitages diese Bemerkung gemacht hat.

Abg. Dr. Pfeiffer: Aus allem was die Mehrheit tut scheint sich das eine zu ergeben, dass die Sozialdemokraten vergessen haben, dass Wien in Oesterreich liegt. Der Hass, mit den sie den Bund verfolgen kann nur zu einer Diskreditierung unseres Landes führen. Da auch diese Vorlage geeignet ist trennend zu wirken, lehnen wir sie ab (Beifall bei der Einheitsliste).

Landeshauptmann Seitz: Ich bestreite, dass es einen Gegensatz zwischen dem Lande Wien und dem Bunde, also der Republik gibt. Das Gegenteil ist richtig. Gerade wir Wiener sind sehr gute Republikaner und daher selbstverständlich auch Förderer jedes Bundesinteresses. Dagegen ist nicht zu bestreiten, dass zwischen der derzeitigen Bundesregierung und dem Wiener Landtag bzw. Gemeinderat Gegensätze bestehen. Sie kommen daher, weil die Wiener Gemeindevertretung selbstverständlich immer die

Interessen der Stadt Wien zu wahren hat, von wem immer sie bedroht werden. Das sind Gegensätze in der Auffassung der Regierungen zweier Verwaltungskörper, oder wenn man will Gegensätze von Parteien, aber niemals ein Gegensatz zwischen Staat und Land. Die Ausführungen des Abg. Rummelhardt können nur so gedeutet werden, dass er entweder meint, die Theatergesetzgebung falle nicht in die Kompetenz des Landtages oder dass er meint, die Landesgesetzgebung sei durch die Verfassung gebunden, die Bundespolizei als Exekutivorgan im Theaterwesen zu bestellen/gewisse Aufträge besorgt hat. Beide Auffassungen sind absolut falsch. Das Land ist für die Theatergesetzgebung kompetent. In der Regierungsvorlage zur Verfassung war im Artikel 10, der diejenigen Angelegenheiten aufzählt, in welchen dem Bunde sowohl die Gesetzgebung wie die Vollziehung zukommt, auch das Theaterwesen angeführt. Darüber haben dann lange Beratungen stattgefunden und auf Grund eines Kompromisses ist schliesslich das Theaterwesen aus Artikel 10 ausgeschaltet, also auf Artikel 15 verwiesen, also zu einer reinen Landessache gemacht worden. Es besteht aber auch keine Verpflichtung der Landesgesetzgebung, die Bundespolizei als Vollzugsorgan des Theatergesetzes zu bestimmen. Ich habe da nur auf die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes zu verweisen

mit der der Einspruch der Bundesregierung gegen das Kinogesetz als unbegründet erklärt wurde. Damals hat der Verfassungsgerichtshof ausdrücklich erklärt, dass das Land berechtigt sei, Organe für die Vollziehung des Gesetzes zu bestimmen und dass daher eine Bestimmung, wonach nicht die Bundespolizei, sondern andere Organe diese Aufgabe übernehmen, verfassungsmässig sei. Es handelt sich hier wieder um dieselbe Frage. Und wenn es schon Wunder nehmen muss, dass die Bundesregierung nachdem sie durch eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes eine ganz deutliche Belehrung über diese Frage empfangen hat, noch einmal dasselbe behauptet, so muss man sich erst recht darüber wundern, dass nicht ein toter Burokrat sondern ein lebendiger Abgeordneter es nicht der Mühe wert findet, sich diese Verfassungsgerichtshofentscheidung einmal genau anzusehen. Zusammenfassend ist also zu sagen, dass sowohl nach der Geschichte der Verfassung wie nach ihrem Wortlauf, wie nach der zitierten Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes das Land die Kompetenz in Theatersachen hat und dass es ~~darin~~ in seinen Gesetzen jene Organe bestimmen kann, die es für die Handhabung des Gesetzes <sup>bestellen will.</sup>

Es ist sehr bedauerlich, dass wir über dieselbe Frage immer wieder mit der Regierung streiten müssen. Wir können nichts dafür, das ist jene unglückselige Politik, der Wien geradezu zum Opfer fällt und die wir daher ablehnen. Aber wenn wir diese Parteipolitik bekämpfen, sind wir uns andererseits sehr wohl unserer Pflicht gegenüber dem Bund bewusst, gegenüber der Republik, mit der uns alle Bande der Solidarität verbinden (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

Abgeordneter Rummelhardt erwidert auf die Ausführungen des Landeshauptmannes, dass er trotz des boshaften Privatissimum, das ihm Landeshauptmann Seitz gelesen habe, bei seiner Ansicht bleibe. Nach der Meinung der Bundesjuristen ist / / die Bundesregierung im Recht. Diese hat auch sehr deutlich gesagt, in welchen Belangen ihr das Theatergesetz als verfassungswidrig erscheint. Der Wiener Landtag ist nicht befugt, die Kompetenz der Wiener Bundespolizei einzuschränken. Wir haben zur Wiener Polizei Vertrauen und wir werden dieses nicht aufgeben. Gute Republikaner sind, die die Beschlüsse des freigewählten Parlamentes achten, was man aber von der gegenwärtig in Wien herrschenden Partei nicht behaupten kann. (Beifall bei der E. L.)

Landeshauptmann Seitz erwidert, dasselbe Recht, dass das Land Wien jetzt gemäss der neuen Verfassung in der Theatergesetzgebung in Anspruch nimmt, werden selbstverständlich auch alle anderen Länder in Anspruch nehmen, wobei auch nicht übersehen werden darf, dass die Kunstpolitik eines Landes wesentlich von seiner kulturellen und gesellschaftlichen Eigenart abhängt. Ich würde als Bürgermeister von Wien meine Pflicht vernachlässigen, wenn ich die Kunstpflege dem Willen und den Ansichten einer Parlamentsmehrheit von Agrariern unterwerfen würde, die der Eigenart der Grosstadt nicht Rechnung tragen können. In der Verfassung selbst ist dieser Grundsatz anerkannt und so werden Tirol, Kärnten und die anderen Länder gleichfalls jene Kunstpolitik betreiben, die der Eigenart und der Wirtschaft dieser Länder entspricht. Was die Vollzugsorgane betrifft, werden sie auf dem Gebiete des Theaterwesens schon heute vom Magistrat bestellt. Diese städtischen Organe üben die Baupolizei und die Feuerpolizei und besorgen auch die Feueraufsicht. Nun wäre es doch unzweckmässig, für eine vierte Agende Bundesorgane heranzuziehen, deren Beistellung wir erst nach § 97 der Verfassung erbitten müssten. Derselbe Fall war beim Kinogesetz; die Regierung hat den Verfassungsgerichtshof angerufen und er hat unsere Meinung bestätigt. (Beifall bei der Mehrheit).

Nach einer tatsächlichen Berichtigung des Abg. Rummelhardt wird das Gesetz in erster und zweiter Lesung angenommen.

Abg. Linder berichtet nun über die Gesetzesvorlage über die Strassenpolizei, soweit sie sich nicht auf Bundesstrassen bezieht. Die Bundesregierung hat gegen 6 Punkte des Gesetzes Einspruch erhoben. Das Gesetz ist abgeändert worden und es sind Bestimmungen aufgenommen worden, die den Einwendungen der Regierung Rechnung tragen.

Abg. Kunschak stellt zunächst fest, dass der Wiener Landtag endlich es mit einem neuen Gesetz versucht habe. Das ist vielleicht ein Beweis dafür, dass die notwendige Sorgfalt bei der Ausarbeitung der Gesetzes vernachlässigt wurde. Wir wissen, dass die neue Strassenpolizei nur ein Vorwand für die Aufstellung einer politischen Brachialgewalt ist. Das kann aber keineswegs Aufgabe einer Gemeindeverwaltung sein und dazu kann auch eine pflichtbewusste Opposition nicht die Zustimmung geben. Für die Minderheit ist in erster Linie der Rechtszustand massgebend. Die oberste Pflicht jedes Republikaners ist die Achtung vor den Gesetzen und Behörden der Republik. Nach unserer Auffassung liegt hier zumindest eine missverständliche Auffassung, wenn nicht überhaupt eine böswillige Auslegung der Gesetzesbestimmungen vor. Die Bundesregierung hat nun gegen das Landesgesetz Einspruch erhoben. Es wäre erwünscht gewesen, wenn man den Gemeinderäten diesen Einspruch ausführlicher mitgeteilt hätte. Man kann den Magistratsjuristen den einen Vorwurf nicht ersparen, dass sie zu wenig aus sich herausgegangen sind. Ohne zwingenden Grund werden sich gewiss die Juristen des Bundes nicht in aller Öffentlichkeit in einer solchen Weise mit den Juristen des Magistrates duellieren. Aber abgesehen von den Gründen, die sich gegen die Vorlage schon verfassungsmässig ergeben, gibt es noch eine Reihe von Gründen, die es als frivol erscheinen lassen, dass man den bestehenden Zustand ändern will. Es ist ohnehin jetzt alles in Bewegung sodass der arme Gemeinde- und Staatsbürger gar nicht in die Lage kommen kann Umgestaltungen folgen zu können und daher fast jeden Tag mit einer anderen Bestimmung in Widerspruch gerät. Die Entwicklung des grosstädtischen Verkehrs hat hier viele Neuerungen notwendig gemacht und es ist eine Frivolität, wenn jetzt einer Schrulle zuliebe das Interesse des Publikums einfach bei Seite geschoben wird. Die Gemeindevache, die den Verkehrsdienst übernehmen soll, bereitet der Mehrheit unaufhörlich Anstände. Schon im Anfang wurde der Missgriff mit den zweihundert Menschen gemacht, die zur Gemeindevache gekommen sind und als notorische Verbrecher im Verbrecheralbum stehen. Gewiss, Sie haben diese Leute ent-

fernt. Aber Sie sollten auch vorsichtiger sein und nicht ohne zwingenden Grund an dieser Einrichtung festhalten. Dabei kommen Sie schon jetzt von einer Schwierigkeit in die andere. Es macht sich eben jeder von der politischen Emanzipation des Proletariats sein eigenes Bild.

Der hungrige Arbeitslose, der daheim hungernde Kinder hat und zum Schalter des Fürsorgeamtes kommt, tritt heute anders auf, als vor dem Krieg. Die Antwort sind zuerst grobe Worte, dann eine Tracht Prügel. Das Ende ist wie man erst kürzlich lesen konnte, die Verurteilung zu sechs Monaten Kerker wegen tätlicher Wachebeleidigung. Vielleicht wird sich, wenn Sie die Gemeindevache noch einige Jahre halten, aus diesem Korps noch etwas machen lassen. Aber es ist ein Experiment, dass Sie von einer Unahnehmllichkeit in die andere bringt. Aber nichts schadet dem Ansehen der Gemeinde mehr als der ewige Kampf zwischen den Gemeindevachleuten und den Armen. In den Fürsorgeinstituten herrscht bei den Leuten, die dort an die Schalter klopfen eine förmliche Sehnsucht nach der Polizei. Auch die Kosten der Gemeindevachtwache müssen besprochen werden. Die Schutzwache erwächst sich als ein Fass ohne Boden und es wäre sehr interessant zu erfahren, was der Finanzreferent dazu zu sagen hat. Wenn er die Mittel für den Wohnhausbau durch eine gewaltige Erhöhung der Wohnbausteuer beschaffen will, dann möge er vorerst in seinem Budget Ordnung machen. Aber in einem Augenblick, in dem Sie feststellen, dass nicht mehr gebaut werden kann, weil die Mittel fehlen, ist es eine Frivolität, jährlich viele Milliarden für die Aufstellung einer in ihrer Auswirkung schädlichen Strassenpolizei aufzuwenden (Lebhafter Beifall).

Wir werden deshalb wieder gegen die Vorlage stimmen und es möge Sie auf dem schiefen Weg, den Sie beschreiten, der laute Protest der Opposition begleiten (Stürmischer Beifall bei der Minderheit).

Abg. Dr. Wagner bemerkt, dass er schon bei der ersten Beratung der Vorlage vorausgesagt habe, dass der Landtag bald wieder in die Lage kommen werde, sich mit dem Gesetz zu beschäftigen. Nun hat die Bundesregierung gegen das Gesetz einen umfangreichen Einspruch eingebracht, gegen den sich der Magistrat derart zurückhaltend benimmt, dass man fast meinen könnte, er wolle seine Karten nicht aufdecken. Der Landeshauptmann hat sich seine Kritik gegen den Einspruch der Regierung, die nur pflichtgemäß handelt, sehr leicht gemacht. Nicht nur wir allein erheben den Vorwurf gegen die Mehrheit, dass sie nicht aus sachlichen Gründen diese Vorlage einbringt, sondern dass sie aus dem Hass gegen den Bund entspringt (Rufe bei der Minderheit: Sehr richtig!)

Es ist nur dankenswert, dass die Regierung alle Mittel anwendet, um dieses Gesetz, das aus solchen Motiven entspringt, zu verhindern. Dafür verdient sie unser volles Lob. Es ist eine Frivolität, dass wir es in der Bundeshauptstadt mit geradezu unmöglichen Zuständen auf dem Gebiet des Verkehrs zu tun bekommen sollen. Wien ist eben Bundeshauptstadt und die Bevölkerung von ganz Oesterreich muss Vertrauen in die Sicherheit des Eigentum und des Verkehrs in dieser Stadt haben. Wien hat hier allein einen Akt gesetzt, von dem man mit Bestimmtheit annehmen kann, dass er keinem andern Bundesland die Billigung der Mehrheit der Bevölkerung findet. Eine doppelte Polizei ist ein Luxus, den die Wiener Bevölkerung zahlen muss. Diese Gesetzgebung ist diktiert vom Hass gegen den Polizeipräsidenten. Der Landeshauptmann wehrt sich, dass auch nur ein Groschen dem Land weggenommen wird, aber hier werden ungezählte Millionen unnütz für eine gefährliche Sache ausgegeben. Trotz der Erklärung des Bürgermeisters bleibt die Bemerkung des Abgeordneten Pfeiffer richtig, dass die Mehrheit einen verhüllten aber unwirksameren Kampf gegen die Republik, gegen die bestehende Re-

gierungsgewalt und gegen die bestehenden <sup>henden</sup> Gesetze führt. Wenn auch der Wiener Polizei Gehässigkeiten angetan werden, wir Vertreter eines grossen Teiles der Wiener Bevölkerung fühlen uns verpflichtet zu versichern, dass die Wiener Polizei auf dem Gebiete des Theaterwesens und der Strassenpolizei ihre Pflicht in ausserordentlich dankenswerter Weise erfüllt und wir sagen ihr dafür Dank (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste).

Berichterstatter Linder verweist darauf, dass sich die Regierung in ihrem Einspruch auf eine kaiserliche Verordnung vom Jahre 1850 und auf einen Stadthaltereierlass vom Jahre 1851 beruft obwohl beide von einer Betrauung der Polizei gar nichts enthalten. Im Stadthaltereierlass wird lediglich von der Organisation der Polizei gesprochen und in der kaiserlichen Verordnung wird sogar die Gemeinde mit der Aufstellung einer Lokalpolizei beauftragt. Auch die Radfelgenverordnung vom Jahre 1876 auf die sich die Regierung beruft hat mit dem Gegenstände nichts zu tun, da sich diese Verordnung lediglich mit den Radfelgen und mit nichts anderen befasst. Die ganze Argumentation der Regierung ist so unklar, dass schon aus dieser Unklarheit allein sich die Wahrscheinlichkeit ergibt, dass die entgegengesetzte Meinung im Recht ist. Berichterstatter <sup>des Abgeordneten</sup> Linder kommt sodann auf die Ausführungen Kunschak zu sprechen, der erklärt hat, die Gemeinderatsmehrheit habe die Absicht, eine politische Brachialgewalt aufzustellen. Das liegt uns sicher fern. Keinesfalls hat aber jemals eine Brachialgewalt der sozialdemokratischen Partei Ereignisse verschuldet, die zu Entsetzen Anlass gegeben hätten. Wohl hat es jedoch Zusammenstösse mit einer Brachialgewalt gegeben, die keine Parteibrachialgewalt ist, Zusammenstösse, die wir als sehr traurige Ereignisse in der Geschichte unserer Stadt buchen müssen (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

Das Gesetz über die Strassenpolizei wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter Linder referiert über die Gesetzesvorlage betreffend die Zwangsarbeit- und Besserungsanstalten.

Das Gesetz wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter Hellmann referiert über die Gesetzesvorlage womit § 21 des Reichsvolksschulgesetzes abgeändert wird.

Das Gesetz wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege einberufen.  
Schluss der Sitzung 18 Uhr 15 Minuten.

..-.-.-.-.-

Wien, am Freitag, den 21. September 1928. Dritte Ausgabe-

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 21. September 1928.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 18:15 Uhr die Sitzung.

Zunächst wird ohne Debatte eine Reihe von Anträgen angenommen<sup>so</sup>  
die Entwürfe für einen Wohnhausbau auf der Landstrasse in der Khungasse und für eine städtische Wohnhausanlage in Favoriten in der Rachenbachgasse sowie für den städtischen Wohnhausbau in Fünfhaus in der Geyschlägergasse genehmigt.

Zunächst berichtet Gemeinderat Lötsch über den Ankauf der Liegenschaft in Ottakring in der Sandleitengasse. Die Grundfläche dieser Liegenschaft beträgt 1856 Quadratmeter. Der Kaufpreis beträgt insgesamt 110.000 Schilling. Die Erwerbung der Liegenschaft ist für den Ausbau der Wohnhausanlage Sandleiten unbedingt notwendig.

G.R. Höppeler (E.L.) kritisiert, dass die Liegenschaft weit überzahlt ist. Sie wird von Fachleuten mit 40.000 Schilling bewertet der eigentliche Kaufpreis, den die Gemeinde bezahlt, macht aber 87.000 Schilling aus. In seinem Schlusswort erwidert der Berichterstatter, dass die Differenz von 87.000 Schilling auf 110.000 Schilling die Uebertragungsgebühr und die Wertzuwachsabgabe sind.

Der Antrag wird angenommen.

GR. Pokorny berichtet über den Ankauf des Hauses der Arbeiterkrankenversicherungskasse in der Mollardgasse. Der Kaufpreis beträgt insgesamt 250.000 Schilling.

GRin. Dr. Motzko (E.L.) erklärt, dass dieser Kauf für die Gemeinde ein sehr vorteilhaftes Geschäft ist. Das Haus ist heute mit 500.000 Schilling zu bewerten. Die Tatsache, dass die Gemeinde der Arbeiterkrankenkasse einige Jahre hindurch Räume für Ambulatorien zur Verfügung gestellt hat, ist dazu benützt worden, um den Preis herabzudrücken. Dazu noch ist die Arbeiterkrankenkasse durch die wirtschaftlichen Verhältnisse in Not geraten, weshalb eine Preisdrückerei seitens der Gemeinde schon gar nicht am Platze ist.

In seinem Schlusswort stellt der Berichterstatter fest, dass die seinerzeitige Verwaltung von Räumen zu Ambulatorienzwecken seitens der Gemeinde bei den Ankauf des Hauses nicht in Betracht gezogen wurde.

Nach einer tatsächlichen Berichtigung des Stadtrates Kunschak, dass Stadtrat Breitner im Stadtsenat darauf ausdrücklich hingewiesen hat, wird der Antrag angenommen.

St.R. Kokrda berichtet über den neuen Gebührentarif der Lagerhäuser der Stadt Wien. Der alte Gebührentarif stammte noch aus der Zeit der Inflation und musste den heutigen Verhältnissen angepasst werden. Der neue Tarif wurde im Einvernehmen mit den Interessenten mit der Bundesbahndirektion und mit der Schifffahrtsgesellschaften ausgearbeitet. Die Tarifsätze sind gegenüber den früheren durchwegs niedriger.

GR. Zimmerl (E.L.) erklärt, dass die städtischen Lagerhäuser unter der früheren Verwaltung Musteranstalten waren. Sie haben die Konkurrenz durchgestanden und waren für die Approvisionierung Wiens von ganz besonderer Bedeutung. Nach dem Umsturz ist aus den Lagerhäusern ein sozialdemokratischer Betrieb geworden, für den nicht weniger als 30 Milliarden verpulvert worden sind. Die Sozialdemokraten haben aus einem städtischen Unternehmen einfach einen Betrieb gemacht und diese Reorganisation war die erste Blamage. Es wurde auch in technischer Beziehung reorganisiert, was ebenfalls nur zum Schaden der Lagerhäuser geschehen ist. Die Voraussetzung für die jetzigen neuen Tarife war das Uebereinkommen mit der Konkurrenz, mit der Sie einen

Kartellvertrag abgeschlossen haben. Auf Ihrem Parteitag schreiben Sie "Nieder mit der Privatwirtschaft" und im Gemeinderat heisst es "Her mit der Kartellwirtschaft". Wir wollen nur hoffen, dass die neuen Tarife mit dazu beitragen, dass die städtischen Lagerhäuser wieder eine Musteranstalt der Gemeinde Wien werden. (Beifall bei der Einheitsliste).

In seinem Schlusswort tritt Stadtrat Kokrda verschiedenen Bemerkungen des Gemeinderates Zimmerl entgegen. So erklärt er, dass die städtischen Lagerhäuser mit der Approvisionierung nie etwas zu tun haben. Der Wiener Markt kann überfüllt und die städtischen Lagerhäuser leer sein; auch unter Ihrer Herrschaft haben Sie die Lagerhäuser nicht immer voll gehabt. Die Schwierigkeiten, die die Lagerhäuser durchmachen mussten, haben alle an der Donau bestehenden Unternehmungen mitmachen müssen. Die Vereinbarungen mit der Bundesbahndirektion und den Schifffahrtsgesellschaften haben auch schon unter der Herrschaft der Christlichsozialen Partei bestanden, sie sind für die Existenz der Lagerhäuser notwendig. Die Behauptung des Gemeinderates Zimmerl, dass bei den Lagerhäusern 30 Milliarden verpulvert worden sind, ist eine Ueberreibung, deren man sich im Gemeinderat nicht schuldig machen sollte. Gemeinderat Zimmerl was sehr wohl wie die wirtschaftlichen Verhältnisse liegen und wie die Verhältnisse in den anderen Lagerhäusern sind. Die Umwandlung in einen Betrieb ist nicht erfolgt, um irgendetwas leichter vertuschen zu können.

Gemäss dem Antrag des Berichterstatters wird der neue Gebührentarif der Lagerhäuser der Stadt Wien genehmigt.

GR. Beisser referiert über die Bewilligung eines Zuschusskredites von 4000 Schilling für Reparaturen an Ausrüstung der städtischen Feuerwehr.

GR. Stöger (E.L.) bemerkt, die steigende Zahl der Feuerwehrunfälle sei ein schlagender Beweis dafür, wie schlecht das System bei der Feuerwehr ist. Nicht dem Personal ist die Schuld an diesen unerträglichen Zuständen zu geben, vielmehr liegen technische Mängel vor. Der Redner kritisiert vor allem die unrichtige Gewichtsverteilung bei den Feuerwehrgeräten und ersucht den Referenten um Aufklärung über diese Frage. Er führt Beschwerde darüber, dass sich in den letzten Monaten die Feuerwehrunfälle ausserordentlich gehäuft haben und bespricht namentlich den Unfall, der sich bei dem Feuer am Kahlenberg am 14. August ereignete. Dabei wurde ein Feuerwehrmann zu Tode geschleift. (Hört, Hört bei der E.L.) Der Unglücksfall erklärt sich daraus, dass ein Autofahrer verwendet wurde, der vom Arzt schon vor Jahren als zum/Dienst untauglich erklärt wurde. Die Feuerwehr krankt an der Günstlingswirtschaft. Darauf ist es auch zurückzuführen, dass es dort viel zu viel Chargen gibt. Das Exerzieren wird planmässig vernachlässigt und auch die Adjustierung weist viele Mängel auf. Es wäre das wichtigste, dass endlich ein neuer Geist in dieses frühere Elitekorps einkehrt. (Beifall).

GR. Beisser erklärt, dass er die tiefen technischen Kenntnisse des Vorredners nicht besitze und daher ihm nicht gewachsen sei.

GR. Kunschak (E.L.): So benimmt sich ein Referent! Sie glauben, dass Sie Ihrem Namen Ehre machen müssen und benehmen sich wie ein Beisser vom Dragefeld! (Grosser Lärm auf beiden Seiten).

GR. Beisser erwidert, dass diese Aufregung unnütz sei, da er niemanden beleidigen wollte. Er erklärt nun, dass von einer unrichtigen Gewichtsverteilung bei den Feuerwehrgeräten keine Rede sein könne und nach wie vor das Gewicht im Grundbuch, so wie unter der früheren Verwaltung genau verzeichnet ist. Die Beschwerden entbehren jeder wirklichen Grundlage (Beifall bei der Mehrheit).

Schluss der Sitzung 20 Uhr.

Wien, am Samstag, den 22. September 1928

Die städtischen Sommerbäder schliessen! Morgen Sonntag werden die Sommerbäder der Gemeinde Wien in diesem Jahr zum letztenmal geöffnet sein. Das Strombad Aspernbrücke und das Luft- und Schwimmbad Hohe Warte bleiben jedoch noch bis auf weiteres offen.

Kleingartenprämierungen. Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat kürzlich beschlossen, wie in den vergangenen Jahren so auch heuer Kleingärten zu prämiieren. Prämiert werden insbesondere Vereinsleistungen, wie Investitionen für Kinderspielplätze, Einfriedungen, Wege und dergleichen. Die Anmeldungen für diese Prämierungen haben schriftlich oder mündlich bei der Magistratsabteilung 16, Städtische Kleingartenstelle, Wien I., Doblhoffgasse 6, zu erfolgen, wo auch nähere Auskünfte erteilt werden.

Neue städtische Wohnbauten. Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat kürzlich wieder eine Reihe von Entwürfen für neue städtische Wohnhausbauten genehmigt. So wird in der Leopoldstadt eine Wohnhausanlage in der Wehlstrasse nach den Plänen des Architekten Hans Vetter mit 58 Wohnungen und zwei Geschäften errichtet. Auf dem Handelskai wird eine Wohnhausanlage mit 54 Wohnungen aufgeführt. Die Pläne hat Architekt Hans Glas entworfen. Für einen neuen Bauteil in der Wohnhausanlage Schütttaustrasse hat Architekt Johann Rothmüller den Entwurf vorgelegt. Der Baublock wird fünf Stiegenhäuser und 56 Wohnungen umfassen. In Favoriten werden ebenfalls zwei neue Wohnhausanlagen errichtet. Die Pläne für den einen Wohnhausbau in der Pernerstorfergasse stammen vom Architekten Max Joli, der für den Wohnhausbau 170 Wohnungen vorgesehen hat. Die zweite Wohnhausanlage wird sich in der Kennergasse erheben. Der Entwurf stammt vom Architekten Otto Hellwig. Die Anlage wird 35 <sup>der</sup> Wohnungen enthalten. Schliesslich genehmigte der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen noch den Entwurf für eine Wohnhausanlage in Fünfhaus in der Herklotzgasse. Die Anlage wird nach den Plänen des Architekten Oskar Unger aufgeführt und 23 Wohnungen umfassen.

Deutsche Giessereitagung in Wien. Wie schon bekannt, hält der Verein Deutscher Giessereifachleute gemeinsam mit seiner österreichischen Gruppe dieser Tage eine deutsche Giessereitagung in Wien ab. Die Teilnehmer an der Tagung wurden heute mittags im Gemeinderatssitzungssaal des Neuen Wiener Rathaus in Vertretung des Bürgermeisters von amtsführenden Stadtrat Julius Linder empfangen. Für die Gäste dankte Präsident Dr. Humperdink (Deutschland) für die überaus herzliche Aufnahme, die die Kongressteilnehmer in Wien gefunden haben.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Im Zuge der Ausgestaltung der Wiener elektrischen Strassenbeleuchtung wird in der nächsten Zeit die elektrische Strassenbeleuchtung in der Brigittenau in der Traunfelsgasse, Staudingerergasse, Heinzelmangasse, Petraschgasse, Karl Meisslstrasse, Karajangasse, Bäuerlegasse, Streffleurgasse, Unterberggasse, in der Webergasse bis zur Klosterneuburgerstrasse und schliesslich auf der Brigittenauerlande bis zur Webergasse eingeführt.

Die Kuchelauer Hafenstrasse für Fuhrwerke gesperrt. Im Interesse der Sicherheit der Fussgänger hat der Wiener Magistrat die Durchfahrt durch die Kuchelauer Hafenstrasse zwischen dem Durchlasse nächst der Bahnstation Kahlenbergdorf und der Gemeindegrenze gegen Klosterneuburg für Fuhrwerke aller Art einschliesslich der Fahrräder verboten.

Stadion der Gemeinde Wien. Auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Professor Dr. Tandler hat der Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrtswesen in den letzten Tagen einen Betrag von 30.000 Schilling zur Vornahme

der nötigen Vorarbeiten für die Beschaffung eines Entwurfes für das im Prater nächst der Rotunde zu errichtende Stadion bewilligt. Zur Erlangung von Ideen für den Bau wurde vor allem ein Wettbewerb ausgeschrieben.

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zusammen.

Vergrösserung der Leichenhalle des Simmeringer-Friedhofes. Die Leichenhalle des Simmeringer Friedhofes erweist sich, insbesondere wenn mehrere Leichenbegängnisse zeitlich zusammentreten, schon seit einiger Zeit als viel zu klein. Deshalb hat der gemeinderätliche Ausschuss für Wohlfahrtswesen nunmehr beschlossen, durch Errichtung eines entsprechenden Zubaus die Leichenhalle des Simmeringer Friedhofes zu vergrössern.

Beschränkungen für den Verkehr über die Rotundenbrücke. Die Rotundenbrücke wurde im Jahre 1871, also in einer Zeit erbaut, wo es noch keinen Lastkraftwagen- und keinen elektrischen Strassenbahnverkehr gab. Infolge der Entwicklung der Verkehrsmittel wird die Brückenkonstruktion sehr hoch beansprucht. Obwohl diese in den letzten Monaten entsprechend verstärkt wurde, hat der Wiener Magistrat in den letzten Tagen im Interesse der öffentlichen Sicherheit Menschenansammlungen und Umzüge sowie das Marschieren geschlossener Verbände auf der Rotundenbrücke verboten. Lastkraftwagen bis zu 6 Tonnen dürfen nur ausserhalb der Gleiszonen in Abständen von drei Metern hintereinander und solche von 6 bis zu 10 Tonnen nur in der Gleiszonen in Abständen von 15 Metern fahren.

Stiftungen für Wiener Waisenkinder. Im Rahmen der Adolf Ignaz und Julie Marzellina Mautner von Markhof-Stiftungen werden acht Stiftplätze zu je 560 Schilling an vier Wiener Waisenknaben und vier Wiener Waisennädchen und zwar je zwei an katholische, je einer an evangelische (A.B. und H.B.) und je einer an israelitische Waisenkinder verliehen. Zur Bewerbung sind arme Waisenknaben im Alter von zehn bis 16 Jahren und arme Waisennädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren berufen, die in Wien heimatberechtigt sind. Dem vom gesetzlichen Vertreter einzubringenden Gesuche sind ein Mittellosigkeitszeugnis, der Tauf- (Geburts-)schein, ein Nachweis der Zuständigkeit und der Verwaisung, das letzte Schulzeugnis und das Vormundschaftsdekret beizulegen. Die Gesuche müssen bis 31. Oktober bei der Abteilung 8 des Wiener Magistrates eingebracht werden.

Bezirksvertretung Ottakring. Die Bezirksvertretung Ottakring hält am Donnerstag, den 27. September, um 18 Uhr ihre nächste öffentliche Sitzung ab.

Deutscher Industrie- und Handelstag in Wien. Die Teilnehmer an der gemeinsamen Tagung des Deutschen Industrie- und Handelstages und des österreichischen Kammertages wurden heute mittags von Bürgermeister Seitz im Steinernen Saale des Neuen Wiener Rathauses empfangen. Dem Empfang wohnten unter andern bei: Der deutsche Gesandte Graf Lerchenfeld, Bundesminister Schürff, die amtsführenden Stadträte Richter und Speiser, die Landtagspräsidenten Hellmann und Zimmerl, Minister a.D. Heinl, die deutschen Reichsminister a.D. Dr. Emminger, Dr. Hann und Schiffer, der Präsident der Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel Rensch, der Präsident der Industrie- und Handelskammer München Pschorr, der Präsident der Klagenfurter Handelskammer Kommerzialrat Maschner, der Präsident der Wiener Handelskammer Tilgner und der Vizepräsident des österreichischen Bankenverbandes Hammerschlag. Bürgermeister Seitz hiess die Gäste in Wien herzlich willkommen. Sie sind, sagte der Bürgermeister, Männer der Wirtschaft, die heute die Trägerin der Gesellschaft ist. Ihre Beratungen sind deshalb für alle Menschen von der grössten Bedeutung. Für die Gäste dankte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages Mendelsohn für die überaus freundliche Aufnahme, die alle Tagungsteilnehmer in Wien gefunden haben.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur: 294  
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 24. September 1928-

-----  
Entfallende Sprechstunde. Uebermorgen Mittwoch entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten Stadtrat Hugo Breitner.

-----  
Subventionen der Gemeinde Wien. Der städtische Finanzausschuss hat heute wieder eine Reihe von Subventionen beschlossen. So erhält der Zentralverein für Volksbüchereien und Lesehallen eine Subvention von 15.000 Schilling. Der Verein unterhält 25 Büchereien, die 54 Bücher- ausgabestellen betreiben. Die Zahl der Entlehnungen betrug im vergangenen Jahr mehr als eine Million. Für den Tierschutzverein für das Bundesgebiet Oesterreich wurde eine Subvention von zehntausend Schilling beschlossen. Der Verein ist eine Gründung der Sektion Tierschutz des Bundes der Tierfreunde und hat sich als wichtigste Aufgabe die Errichtung und Führung eines Tierschutzhauses gestellt. Der Verein Volkslesehalle wurde mit 5000 Schilling subventioniert. Der Verein unterhält in Wien zwanzig Volksbüchereien, die jährlich über eine Million Bücher ausleihen. Die Gesellschaft der Aerzte in Wien erhält eine Subvention von dreitausend Schilling. Sie unterhält die einzige grössere medizinische Bibliothek Oesterreichs. Mit ebenfalls dreitausend Schilling wurde schliesslich das St. Josef Kinderspital subventioniert, dessen Kuratorium insbesondere in den letzten Jahren bestrebt war, die Anstalt auszubauen.

-----  
Jubilare der Ehe. Vergangenen Samstag überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Julius Linder den Ehepaaren Hermann und Julie Engel, Isidor und Fanny Katz, Wenzel und Marie Koch Anton und Elisabeth Bauscher und Franz und Marie Siegert anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

-----  
Absperrung der Wehrbrücke in Nussdorf. Wegen Instandsetzung der Fahrbahn wird die Wehrbrücke, die beim Nussdorfer Schleussengebäude nächst dem Handelskai und der Sickenbergstrasse über den Donaukanal führt, von übermorgen Mittwoch an auf voraussichtlich vier Wochen für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

-----  
Eine französische Studienkommission in städtischen Bädern. Von der zum Studium des Wiener Fortbildungsschulwesens in Wien weilenden französischen Delegation interessierte sich eine Gruppe insbesondere für das Bäderwesen. Mit dem Präsidenten der Pariser Handelskammer Dr. Baudet besichtigten die Gäste unter Führung des Magistratsrates Dr. Asperger eine Reihe städtischer Badeanstalten und Kinderfreibäder, vor allen das Amalienbad und das neue Schwimm-, Sonnen- und Luftbad auf dem Kongressplatz. Die Gäste gaben wiederholt ihrer Bewunderung über die Leistungen der Wiener Stadtverwaltung auf dem Gebiete des Bäderwesens Ausdruck.

-----  
Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses findet morgen Dienstag um 17'30 Uhr eine allgemeine Führung statt.

-----

Wien, am Dienstag, den 25. September 1928

-----

Subventionen der Gemeinde Wien. Wie schon gemeldet, hat der städtische Finanzausschuss am Montag wieder eine Reihe von Subventionen beschlossen. So erhalten die freiwilligen Feuerwehren Rosenthal-Satzberg und Wolfersberg eine Subvention von je zweitausend Schilling. Beide Feuerwehren sind der Feuerschutz für ausgedehnte Siedlungen. Der Verein zur Unterstützung der Lesehallen des Bezirkseätternverbandes Brigittenau wurde mit 1500 Schilling subventioniert. Der Verband unterhält eine Bücherei für schulentlassene Kinder und zwei Lesehallen für Schulkinder. Eine Subvention von je tausend Schilling wurde vom städtischen Finanzausschuss für den Schulausschuss der Fortbildungsschule für Hausgehilfinnen, für den Verein für volkstümliche Musikpflege in Wien und für die Oesterreichische Gesellschaft für Volksgesundheit beschlossen. Schliesslich wurde der Verein Philantropia und der Verein zur unentgeltlichen Verpflegung Brustleidender auf dem Lande mit je sechshundert Schilling und schliesslich die Arbeitsgemeinschaft zur Schaffung eines Werkes über die nutzbaren Gesteinsvorkommen Oesterreichs mit fünfhundert Schilling subventioniert.

-----

Wiener Landtag. Die Bundesregierung hat gegen den Gesetzesbeschluss des Wiener Landtages vom 21. September, mit dem die Vorlage über die Strassenpolizei, soweit sie sich nicht auf Bundesstrassen bezieht, in etwas geänderter Form angenommen worden ist, Einspruch erhoben, jedoch die Zustimmung zur provisorischen Verwendung der Bundespolizeiorgane im Strassendienst gegeben. Der Gesetzesbeschluss wird kommenden Freitag wiederholt, das Gesetz sodann publiziert werden und am 1. Oktober in Kraft treten. Der Bundesregierung steht es selbstverständlich frei, das Gesetz beim Verfassungsgerichtshof anzufechten. Zur Beschlussfassung über das Strassenpolizeigesetz wurde der Wiener Landtag für kommenden Freitag um 17 Uhr einberufen. Anschliessend daran tagt der Wiener Gemeinderat.

-----

Auf die Sicherheitsschlösser achten! In der letzten Zeit werden in Wien vielfach die sogenannten Sicherheitsschlösser bei den Wohnungstüren angewendet. Der Vorteil solcher Schlösser wird zum Nachteil, wenn das Sicherheitsschloss unbeabsichtigt einschnappt und den Wohnungsinassen den Eintritt in die Wohnung versperrt, wenn diese nicht in der Wohnung sind. Da einem solchen Schloss ohne Schlüssel nicht beizukommen ist, wird in den meisten Fällen die Feuerwehr alarmiert, die dann auf einem meist gefährlichen Weg in die Wohnung gelangen muss, um das Sicherheitsschloss von innen öffnen zu können. Diese Interventionen der Feuerwehr häufen sich in der letzten Zeit so sehr, dass es für Wohnungsinhaber, die Sicherheitsschlösser verwenden, geboten erscheint, Reserveschlüssel für ihre Sicherheitsschlösser an geeigneten Orten aufzubewahren oder ihre Schlösser so einzurichten, dass sie gegen ein unbeabsichtigtes Einschnappen gesichert sind.

-----

Die Grundgebühren für die Fleischbeschau. Für die Zeit vom 1. bis 31. Oktober beträgt die Grundgebühr für die Vernahme amtlicher Untersuchungen von Vieh und Fleisch 1'61 Schilling. Die gleiche Grundgebühr wird für die tierärztliche Untersuchung von Tieren eingehoben, die in Eisenbahn- und Schiffsstationen Wiens ein- und ausgeladen werden.

-----

Wien, am Mittwoch, den 26. September 1928

-----  
Wiener Stadtsenat. Der Wiener Stadtsenat tritt morgen Donnerstag um 10'30 Uhr vormittags zusammen.

-----  
Neue städtische Wohnbauten. Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat Dienstag wieder eine Reihe von Entwürfen für neue städtische Wohnhausanlagen genehmigt. So wird in Neustift am Walde auf dem Nordhang südlich der Rathstrasse eine einstöckige Wohnhausanlage in Uform aufgeführt, für die Architekt Hugo Gorge die Pläne geliefert hat. Der Wohnbau wird insgesamt 58 Wohnungen enthalten. Bemerkenswert ist, dass zu jeder Wohnung ein eigener, abgegrenzter Garten gehören wird. Architekt Ludwig Schöne hat die Pläne für einen städtischen Wohnausbau in der Redtenbachergasse in Ottakring entworfen. Diese Anlage wird insgesamt 40 Wohnungen enthalten.

-----  
Ausländische Besucher in den Wiener Gemeindegemeinschaften. In den letzten Wochen wurden die neuen Fürsorgeeinrichtungen und Gemeindegemeinschaften ausserordentlich stark von ausländischen Gästen besucht. Es sind insbesondere Kommunalpolitiker, Staatsmänner und Sozialwissenschaftler, die ein ganz besonderes Interesse für die neuen Gemeindegemeinschaften zeigen. Unter den Besuchern, die aus allen Weltteilen verzeichnet werden, sind vor allem hervorzuheben 21 französische Akademiker, einige französische Parlamentarier, Gemeinderäte und Professoren, englische Lehrer, sieben Mitglieder der obersten Baubehörde der ukrainischen Sowjetrepublik, einige Professoren aus Moskau, Rechtsanwälte aus New York, und Ohio, der Vorsitzende der chinesischen Handelskammern, Berichterstatter aus Buenos Aires, Professoren aus Kopenhagen, zehn Gemeindevertreter aus verschiedenen bulgarischen Städten, die Volkshochschule von Zürich und der Vorstand der Züricher Baugenossenschaft. Eine ganz besonders grosse Zahl von Besuchern kam aus Deutschland, darunter vor allem Stadtverordnete aus den grösseren reichsdeutschen Städten. Die ausländischen Besucher studierten eingehend die Wiener kommunale Wohnbautätigkeit, über die sie sich ungemein anerkennend aussprachen. Grosses Lob fanden auch das Wiener Schulwesen und die Fürsorgeeinrichtungen für Kinder und Kranke.

-----  
Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. IM Zuge der Ausgestaltung der Wiener elektrischen Strassenbeleuchtung wird in der nächsten Zeit in Mariahilf auf dem Mariahilfergürtel, in der Bürgerhospitalgasse, Aegidigasse, Gragasse, Kurzgasse und in der Strohmeyergasse die elektrische Strassenbeleuchtung eingeführt.

-----  
Ablenkung des Bahnhofrundverkehrs. Wegen Gleisarbeiten auf dem Neubaugürtel wird der Bahnhofrundverkehr in der Nacht von Donnerstag auf Freitag und von Freitag auf Samstag von der Alserbachstrasse (Hotel Union) über die Linie 15 (Spitalgasse-Lazarethgasse-Kaiserstrasse-Wallgasse-Gumpendorferstrasse-Reinprechtsdorferstrasse) zum Matzleinsdorfer Platz geführt. Die Ablenkung gilt für beide Fahrtrichtungen.

-----

Wien, am Mittwoch, den 26. September 1928. Zweite Ausgabe.

Die Wiener Lustbarkeitsabgabe.Die Ermässigung wird bis 31. Dezember 1928 begrenzt.

novelliert

Der Wiener Landtag hat heuer das Lustbarkeitsabgabegesetz und dabei die Bestimmung aufgenommen, dass die Landesregierung die Abgabe in bestimmten Fällen ermässigen kann. Es wurde auch die Abgabe bei Theateraufführungen mit ganz oder nahezu ausschliesslich gesprochenem Wort von sieben auf fünf Prozent herabgesetzt. Die Steuer für Operetten, Pantominen, Revuen, Possen mit Musik und Gesang, musikalischen Schwänken und Balletten in den Bundestheatern wurde von fünfzehn auf zehn Prozent ermässigt. Nach dem Gesetz kann die Landesregierung diese Ermässigungen für das ganze Spieljahr (1. September bis 31. August) oder nur für einen Teil des Jahres gewähren, sowie an die Bedingung einer höchstens vierzehntägigen Unterbrechung des Betriebes während des Spieljahres knüpfen. Die Ermässigung wurde bis 31. August 1928 gewährt. Der Verband der österreichischen Theaterleitungen hat nun auch für das Spieljahr 1928/29 um die Ermässigung der Steuer für die ständigen Wiener Theater angesucht. Die Wiener Landesregierung hat sich am Dienstag mit diesem Ansuchen beschäftigt. Es wurde beschlossen dem Ansuchen zu entsprechen, jedoch mit Rücksicht auf die von der Regierung dem Parlament vorgelegte Novelle zum Abgabenteilungsgesetz, wonach dem Land Wien rund 23 Millionen Schilling aus den gemeinschaftlichen Abgabenertragsanteilen weggenommen werden sollen, die Ermässigung mit 31. Dezember zu begrenzen. Ferner wurde beschlossen, dass die Ermässigung für eine Bühne nur dann wirksam wird, wenn der Betrieb während des laufenden und des nachfolgenden Spieljahres nicht länger als vierzehn Tage gesperrt bleibt. Bleibt das Theater länger gesperrt, tritt die Ermässigung rückwirkend ausser Kraft. Veranlassung hiezu gab die allzu starke Einschränkung des Theaterbetriebes im heurigen Sommer. Trotz des starken Fremdenverkehrs hat eine Anzahl von Theatern, vor allem die Bundestheater, eine Spielpause eintreten lassen, die bei einzelnen Theatern bis zu neun Wochen währte. Gatspiele auswärtiger Ensembles sind von der Ermässigung der Lustbarkeitsabgabe ausgeschlossen.

Wien, am Donnerstag, den 27. September 1928-

Russische Arbeitersportler im Wiener Rathaus. Die russischen Arbeitersportler, die übermorgen Samstag auf dem Sportplatz Rapid in Hütteldorf gegen die österreichische Arbeiterauswahlmannschaft den Länderfussballkampf Oesterreich-Russland austragen, statteten heute mittag dem Wiener Rathaus einen Besuch ab. Die Gäste wurden von Vizebürgermeister Emmerling im Steinernen Saal des Wiener Rathauses begrüsst. Im Namen der russischen Fussballsportler dankte der Vertreter des Obersten Rates für Körperkultur der Sowjetunion Jieschzin (Moskau) für die überaus freundliche Aufnahme, die die Gäste in Wien gefunden haben. Am dem Empfang nahmen unter andern Vaföpräsident Putzendoppler und der Sekretär der Askö Gastgeb teil.

Die Licht- und Stromstörung. Mittwoch abend trat in einem Teil der Inneren Stadt eine Stromstörung ein. Nach einer Mitteilung der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke ist die Störung auf einen Kabeldefekt an einem Verbindungskabel Engethstrasse-Neubadgasse zurückzuführen, der einen Teil des Wechselstrom-Licht- und Kraftnetzes der Inneren Stadt ausser Strom setzte. Nach Umschaltung des gestörten Teiles im Unterwerk Neubadgasse wurde die Stromversorgung wieder normal aufgenommen. Die Störung dauerte von 22'28 Uhr bis 22'40 Uhr. Die Unterbrechung des Strassenbahnverkehrs auf den Strassenbahnlinien Favoritenstrasse, Wiedner- und Margaretnergürtel ist darauf zurückzuführen, dass das den Wiednergürtel anspeisende Bahngleichstromkabel infolge eines Krampens defekt wurde. Nach Vornahme entsprechender Verhängungen in der Oberleitung wurde der Betrieb auf den gestörten Linien nach einem Verkehrsstillstand von 1/2 Stunde 19 Minuten wieder aufgenommen.

Französische Gäste in den Wiener Fortbildungsschulen. Wie schon gemeldet, weilte in den letzten Tagen unter Führung des Generaldirektors des technischen Unterrichtswesens Frankreichs Labbe eine französische Studiendelegation in Wien, um das Wiener gewerbliche Fortbildungsschulwesen kennen zu lernen. Die französischen Gäste besichtigten vor allem die Lehrwerkstätten in den fachlichen Fortbildungsschulen sowie die Einrichtung der Juwelierschule in der Sonnenuhrgasse, die Wiener Handelskammer, ein Lehrlingsheim, das Berufsberatungsamt der Gemeinde Wien, die Zentrallehranstalt für Frauengewerbe, die höhere Fachschule für das Kleidermachergewerbe und schliesslich das technologische Gewerbemuseum. Unter Führung des Präsidenten des Wiener Stadtschulrates Glöckel statteten die Gäste auch einer Volks- und einer Hauptschule einen Besuch ab. Die französische Delegation, um die sich insbesondere der Obmann des Wiener Fortbildungsschulrates Nationalrat Wolkert bemühte, lernte auch eingehend die neuen Schöpfungen der Wiener Gemeindeverwaltung kennen. Um die Wiener Fortbildungsschullehrerschaft mit dem technischen Unterrichtswesen Frankreichs vertraut zu machen, hielt der Vertreter des französischen Unterrichtsministeriums Fontegne vor zahlreichen Vertretern der Wiener Schulbehörden einen ausgezeichneten Vortrag. Die französischen Gäste brachten den lebhaften Wunsch zum Ausdruck, dass der rege Gedankenaustausch und die freundschaftliche Zusammenarbeit Paris und Wiens auf dem Gebiete des Schulwesens aufrechterhalten werde.

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses findet morgen Freitag um 17'30 Uhr eine allgemeine Führung statt.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

299

Wien, am Freitag, den 28. September 1928

.....  
Die Gasvergiftung in Döbling. Gestern um 11<sup>55</sup> Uhr vormittags langte in der Gebrechenstelle im Direktionsgebäude der städtischen Gaswerke die Meldung über eine Gasvergiftung im Hause, XIX., Cobenzlgasse 24, ein. Der diensthabende technische Beamte stellte an der Unfallsstelle fest, dass in einer Erdgeschosswohnung des genannten Hauses deutlicher Gasgeruch zu verspüren ist. Da die Wohnung keine Gasanlage hat, wurde sofort die Aufsuchung des Gebrechens eingeleitet. Die Untersuchung ergab, dass der Strassenrohrstrang gebrochen war. Der Bruch des Rohres wurde durch Unterwaschung verursacht, die infolge Schadhaftheit des Dachabflussrohres des Hauses eingetreten war. Durch die dadurch aufgetretene Gasausströmung hat das Ehepaar Franz und Klara Popisch den Tod gefunden.

.....  
Verkehrseinschränkungen auf dem Revolutionsplatz. Wegen der bevorstehenden Regulierung des Revolutionsplatzes in der Inneren Stadt müssen für den Fuhrwerksverkehr über diesen Platz während der nächsten Zeit Verkehrsbeschwänkungen eintreten. Im Allgemeinen wird eine der Hauptfahrrichtungen freigehalten werden können. Zeitweise jedoch muss der Platz für den gesamten Fuhrwerksverkehr gänzlich abgesperrt werden.

.....  
77 Todesfälle in Wien. Nach einer Mitteilung der Magistratsabteilung für Statistik starben im August in Wien 1727 Menschen, um 225 weniger als im Juli. Die häufigsten Todesursachen waren der Krebs, die Tuberkulose, Gehirnschlag und organische Herzkrankheiten. Selbstmord verübten 54 Männer und 29 Frauen. 411 Verstorbene waren über 70 Jahre alt.

.....  
Zunahme der Trauungen. Die Zahl der in Wien geschlossenen Verehelichungen ist von 1543 im Juli im September auf 1565 gestiegen. Von den Trauungen wurden 1002 vor römisch katholischen Seelsorgern und 301 vor der politischen Behörde vollzogen.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

300

Wien, am Freitag, den 28. September 1928.      Zweite Ausgabe.

-----

W I E N E R   L A N D T A G

Sitzung vom 28. September 1928.

Präsident Dr. Danneberg eröffnet die Sitzung um 17'05 Uhr und teilt zunächst mit, dass ein Antrag der Abgeordneten Dr. Motzko auf Novel-lierung der Lustbarkeitsabgabe vorliege. In dem Antrag wird verlangt, dass Veranstaltungen von Jugendvereinigungen und Jugendverbänden sowie Veran-staltungen, deren Gesamtertrag Jugendbildungs- Jugendfürsorge und Jugend-schutzzwecken zufließt, von der Abgaben <sup>freigelassen</sup> werden.

Der Antrag wird dem amtsführenden Stadtrat der Gruppe II zu-  
gewiesen.

Es wird sodann in die Tagesordnung eingegangen.

Abg. Linder referiert über den einzigen Punkt der Tagesordnung das ist die Wiederholung des Gesetzesbeschlusses vom 21. September 1928 über die Strassenpolizei. Er teilt mit, dass die Regierung ge-  
gen den am 21. September vom Landtag gefassten Gesetzesbeschluss einen mit <sup>im wesentlichen</sup> dem seinerzeitigen Einspruch/gleichlautenden Einspruch erhoben habe. Da die Einwendungen der Regierung nicht stichhältig sind, stelle er den Antrag, den Beharrungsbeschluss zu fassen.

Abg. Kunschak erinnert an die bei den wiederholten Beratungen dieses Gegenstandes von seiner Partei erhobenen Einwendungen, die einer-seits verfassungsrechtlicher Natur andererseits Einwendungen aus Sach-lichkeits- und Zweckmässigkeitsgründen sind. Wenn die Mehrheit einen Behar-rungsantrag stellt so imponiert und die Beharrlichkeit, mit der sie jede Belehrbarkeit ablehnt, eine Beharrlichkeit die einigermassen im Wider-spruch zu ihrem eigenen Intelekt zu stehen scheint (Heiterkeit und Zustim-mung bei der E.L.) seine Partei würde gegen das Gesetz stimmen.

Der Antrag des Referenten, den Beharrungsbeschluss zu fas-sen, wird bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Mitglieder des Land-tages angenommen.

Schluss der Sitzung 17'15 Uhr.

-----

damit nichts zu tun. Es wird sonst in Wien keine Obdachlosen Hunde, aber obdachlose Kinder geben (Beifall bei der Minderheit). Es wäre sehr zu empfehlen, wenn die Gemeinde angesichts des kommenden Winters Vorsorge trafe, dass keine Mutter ihr Kind ohne Obdach weiss, aber statt dessen kommt man mit dem Antrag ein Tierschutzhaus zu errichten und dafür 10.000 Schilling herzugeben. Da schreit ein Widerspruch, wie man sich in düsterer nicht mehr denken kann. Geben Sie das Geld dem Verein oder dem Asyl für Obdachlose. Wir haben nichts dagegen, dass auch für die Tiere etwas geschieht. Aber in diesem Fall ist doch vorgesorgt. Es handelt sich nur um eine Reklame für den neuen Verein und Sie stellen die Hunde/höher als die armen Mütter unseres Volkes. Die Minderheit beantragt die Rückverweisung dieses Antrages. (Beifall bei der Einheitsliste).

Die Rückverweisung wird abgelehnt, worauf Stadtrat Kokrda erwidert, dass nicht die Sozialdemokraten den alten Tierschutzverein in seiner Arbeit gestört hätten, sondern das Verhalten der Leitung derart war, dass tausende Mitglieder ausgetreten sind. Man hat viele hunderte arbeitende Menschen, deren Beruf das Schlachten von Tieren ist, schwer verunglimpft. Es ist ganz selbstverständlich, dass dieser Vorgang dem Verein schweren Schaden brachte. Die Gründung des neuen Vereines hätte sich vollzogen auch ohne die Sozialdemokraten. Das wissen auch die Mitglieder der Minderheit, die die Vorgänge im alten Verein kennen. Tatsache ist, dass das Tierschutzhaus des alten Vereines viel zu klein ist und deshalb auch das Ministerium schon im Jahre 1926 eine Lotterie bewilligt hat, deren Ertragnis zur Vergrößerung des Hauses dienen sollte. Auch jetzt gibt der Verein Bausteine für diesen Zweck aus. Es handelt sich also wirklich um ein Bedürfnis. Der Vergleich mit den obdachlosen Kindern ist doch ein wenig weit hergeholt, wenn man weiss, dass auch im strengsten Winter im städtischen Obdachlosenasyll 300 Betten frei waren und gegenwärtig mehr als 500 leer sind. Wenn einzelne Menschen das Obdachlosenheim nicht aufsuchen, so haben sie dafür einen bestimmten Grund. Von obdachlosen Kindern zu reden ist vollständig unangebracht (Beifall bei der Mehrheit).

ST.R. Kunschak berichtet tatsächlich, dass er bereit ist, zu beweisen, dass in St. Marx noch immer harzsträubende Tierquälereien vorkommen und dass Leute, die an dem grossen Fleischdiebstahl beteiligt waren, heute wieder draussen beschäftigt sind. Was die Behauptung von den 300 leeren Betten im Obdachlosenheim anlangt, so werde man sich darüber mit dem zuständigen Stadtrat auseinandersetzen. Dass das Tierschutzhaus des alten Vereines nicht mehr entspricht, habe auch er behauptet, doch sei der Verein bereit, aus eigenen Mitteln diese Uebelstände zu beseitigen. Man könne deshalb mit Recht von einer Vergeudung von Gemeindegeldern sprechen.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

GR. Dr. Neubauer referiert über den Antrag auf Zuerkennung einer Subvention von 3000 Schilling an die Gesellschaft der Aerzte in Wien.

GR. Müller (E.L.) bemerkt, seine Partei habe gegen diese Subvention nichts einzuwenden, nur ersuche er, dem Zahntechnikern, die für den sogenannten Forstner-Partikfonds, aus dem arme gebrechliche Mitglieder unterstützt werden, um eine Subvention angesucht haben, die Subvention, die sie jetzt zwei Jahre erhalten haben, zumindest in der bisherigen Höhe auch heuer zu gewähren.

GR. Dr. Neubauer erklärt, er werde dem Wunsch des Voredners dem Finanzreferenten übermitteln.

Der Antrag des Referenten wird genehmigt.

GR. Weigl referiert über eine Subvention von 2000 Schilling an die Freiwillige Feuerwehr Wolfersberg.

Behandlung der  
GR. Zimmerl (E.L.) bemerkt, auch bei den Freiwilligen Feuer-

wehren zeige sich überall wie in der Gemeindeverwaltung das System der Systemlosigkeit, dass mitunter sehr viel Geld kostet. In Wien hat man alles getan, um die freiwilligen Feuerwehren, die sich grosse Verdienste um die Stadt erworben haben, brutal zugrunde zu richten, nur weil die Mehrheit ihrer Mitglieder nicht marxistisch eingestellt ist.

Im gegenständlichen Falle ist geradezu unsinnig vorgegangen worden. Zuerst hat man die Freiwillige Feuerwehr in Hütteldorf aufgelöst, jetzt unterstützt man zwei Freiwillige Feuerwehren, die ganz in der Nähe errichtet werden mussten, von denen die eine in Wolfersberg sich selbst als nicht schlagfertig bezeichnet, während die andere errichtet werden musste, weil die Gemeinde es unterlassen hat, in der Siedlung am Satzberg Hydranten aufzustellen. Das ist ganz unrationell und zeigt nur, dass sich die Gemeinderatsmehrheit lediglich von Parteipolitischen Grundätzen leiten lässt (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste).

GR. Weigl erwidert darauf, es müsse selbstverständlich das Bestreben einer Grossstadt sein, den Wirkungskreis einer Berufsfeuerwehr möglichst weit auszudehnen, schön deshalb, weil die Geräte, die heute für den Feuerlöschdienst nötig sind, nur von berufsmässig geschulten Leuten bedient werden können. Was die in Frage kommenden zwei freiwilligen Feuerwehren anbelangt, so handelt es sich hier um eine Gegend, die ausserhalb des Stadtgebietes liegt und lose verbaut ist. Diese beiden freiwilligen Feuerwehren sollen lediglich dem ersten Schutz dienen. Der seinerzeit bestehenden freiwilligen Feuerwehr in Hütteldorf würde es nicht, wie Gemeinderat Zimmerl irrtümlich annimmt leicht möglich gewesen, bei Bränden auf den Wolfersberg oder ins Rosental zu kommen. (Beifall bei der Mehrheit).

Der Antrag des Referenten wird angenommen.

ST.R. Weber ersucht um Genehmigung des Bauentwurfes für die Wohnhausanlage in Ottakring in der Heigerleinstrasse-Gräffergasse-Halirschgasse. Die Baupläne stammen vom Architekten Ingenieur Rudolf Perco. Die Anlage wird 88 Wohnungen enthalten. Die Baukosten betragen 1,300.000 Schilling.

GR. Millik (E.L.) bespricht die in der letzten Zeit aufgetretenen Kalkausblühungen. Er erklärt, dass der schlechte Weisskalk die Ursache der "Kalktreiber" ist, von denen insgesamt tausend Wohnungen betroffen worden sind. Der schlechte Kalk wurde von den Hopfingerwerken geliefert. Dieses hat versucht, den Kalk in acht Stunden durchzubrennen. Dieser Versuch ist misslungen und so sind die Kalktreiber aufgetreten. Um solche Schäden zu vermeiden, müsse eine Einrichtung geschaffen werden, die auch die Überprüfung des Kalkes bei der Uebernahme auf der Baustelle auf seine Qualität hin zulässt. Der Redner regt an, einmal einen Bau einem Baumeister zur schlussreinen Fertigstellung zu übergeben. Dann wird man sehen, dass solche Schäden wie die Kalktreiber und Senkungen nicht vorkommen werden. (Beifall).

En seinem Schlusswort erwidert Stadtrat Weber, dass nach einer Bericht des Stadtbaumes über die Kalkausblühungen ein Gutachten der Prüfungsanstalt des Technologischen Gewerbemuseums eingeholt worden ist. Dieses stellt als Ursache der Kalkausblühungen den schlechten Kalk fest. Von den Kalkausblühungen sind insgesamt elf Baustellen betroffen. Die Gemeinde Wien trifft keinerlei Schaden und die an den Kalkausblühungen Schuldtragenden sind das den Kalk liefernde Kalkwerk und die Bauausführenden Unternehmungen.

Der Antrag wird angenommen.

Der Vorsitzende Gemeinderat Hofbauer schliesst um 19<sup>45</sup> Uhr die öffentliche Sitzung.

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 28. September 1928.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um 17<sup>20</sup> Uhr. Ohne Debatte werden genehmigt die Erhöhung der Haftung für Bankkredite der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft von 4 ein halb Millionen auf 5 Schilling, die Erhöhung des Anlagekapitals der gemeinwirtschaftlichen Siedlungs- und Baustoffe Anstalt "Gesiba" von 400.000 Schilling auf 600.000 Schilling und die damit verbundene Erhöhung des bar einzuzahlenden Geschäftsanteiles der Gemeinde Wien von 149.500 Schilling auf 349.500 Schilling, ferner eine Reihe von Subventionen sowie folgende Bauentwürfe: Wohnhausbau III., Göllnergasse 25, Kosten 240.000 Schilling; X., Gudrunstrasse- Laxenburgerstrasse, Kosten 4,920.000 Schilling; X., Pernerstorfergasse Schilling 2,320.000; X., Aichholzgasse Schilling 1,200.000; XIII., Sebastian Kelchgasse Schilling 930.000; XIII., Speisingerstrasse Schilling 2,055.000; III., Scheydgasse Schilling 800.000 schliesslich der Neubau von Hauptunratskanälen in der Erzherzog Karlstrasse und Umgebung im XXI. Bezirk mit dem Kostenerfordernis von 65.000 Schilling.

G.R. Michal referiert über den Ankauf von Gründen im III. Bezirk behufs Errichtung eines Unterwerkes und eines Umspannwerkes der städtischen Elektrizitätswerke. Er teilt mit, dass sich der Kostenaufwand für diese Grundankäufe auf 230.000 Schilling beläuft.

GR. Binder (E.L.) bezeichnet den Antrag als unklar und fragt, ob in dem Betrag von 230.000 Schilling nur die Kaufsumme oder auch die Kosten für die Errichtung des Umspannwerkes enthalten sind ferner ob auch Gründe von der Firma Pörr gekauft werden und schliesslich ob der Bau, der jetzt aufgeführt werde, als Definitivum gedacht sei, da es sich hierbei um einen sehr leichten Bau handelt, oder ob man etwa daran denke, zunächst auf mehrere Jahre ein Provisorium herzustellen. Das wäre eine Verschleuderung von Gemeindegeldern (Beifall bei der Einheitsliste).

GR. Höppeler (E.L.) bezeichnet es als auffällig, dass ein Kauf mit einem so hohen Kaufschilling auf Grund des Paragraph 7 des Organisationsstatutes der städtischen Unternehmungen getätigt wurde wozu noch kommt, dass nicht einmal die Dringlichkeit gegeben war. Er bemängelt, dass die Kaufbedingungen dem Gemeinderat nicht vorgelegt wurden und fragt, wer die Wertzuwachsabgabe, die Umschreibgebühren, die Advokaten- und Notariatspesen für den Kauf bezahlt und ob Provisionen und in welcher Höhe bezahlt worden sind. Wenn man berücksichtige, dass ein Teil der angekauften Gründe für Strassenherstellungen benützt werde, so ergebe sich ein Kaufpreis von 96 Schilling für den Quadratmeter, das sei ein horrendes Preis, gegen den man protestieren müsse. Der ganze Kauf erweckt den Eindruck, als ob zwischen den Skandalaffären der Firma Pörr in Heiligenstadt und in der Hagenmüllergasse und dem Ankauf von ihr gehörigen Gründen irgendein Zusammenhang bestehe. Es liegt die Vermutung nahe, dass die Gesellschaft, die für den Schaden aufzukommen hat, der durch die Bausenkungen in Heiligenstadt und in der Hagenmüllergasse entstanden ist, nun auf diese Weise entschädigt werden soll.

In seinem Schlusswort erwidert der Referent, dass der Kaufschilling dem Marktwert der Gründe vollkommen entspricht. Die Vermutungen, die Gemeinderat Höppeler ausgesprochen hat, sind durchwegs falsch.

Der Antrag wird angenommen.

Stadtrat Speiser ersucht um Genehmigung eines Kredites für das Jahr 1928 von 70.000 Schilling zur Deckung der Kosten der Vergütung für Lehrausflüge und Lehrwanderungen. Die Lehrer haben bisher die ihnen durch die Lehrausflüge aufgelaufenen Kosten in aufopferungsvoller Weise selbst getragen. Durch die Neueinrichtung der Vergütung soll demnächst ein Ende gemacht werden. Die Vergütung beträgt für einen Halbtage für eine Schulklasse und Lehrperson zehn, für einen Ganztagsausflug oder für einen mehrtätigen Lehrausflug für eine Schulklasse und Lehrperson zwanzig Schilling. Ausserdem erhalten die Lehrpersonen die Fahrtauslagen rückvergütet. Wenn an einem solchen Ausflug zwei Lehrpersonen teilnehmen, beträgt die Gebühr für eine Lehrperson fünf beziehungsweise zehn Schilling.

GR. Stöger (E.L.) kritisiert, dass die Lehrer seit Juni bis heute auf die Aufzahlung dieser Gebühren warten müssen. Er regt dann an, dass den Lehrpersonen alle Werke, die sie im Zuge der Schulreform benötigen, von der Gemeinde kostenlos beigestellt werden sollen.

In seinem Schlusswort erwidert Stadtrat Speiser, dass es niemals üblich gewesen ist, den Lehrpersonen Studienwerke durch die Gemeinde kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die Wiener Lehrerschaft besitzt in der Pädagogischen Zentralbücherei in Wien ein erstklassiges Institut, das an jeden Lehrer die für sein Studium notwendigen Bücher entlehnt. Bezüglich der Auszahlung der Gebühren für Lehrausflüge erklärt der Referent, dass der Wiener Stadtschulrat alle bis 20. Juni geltend gemachten Ansprüche der zuständigen Magistratsabteilung zur Liquidation überwiesen hat.

Schliesslich wird der Antrag angenommen.

ST.R. Kokoda berichtet, dass der Tierschutzverein für das Bundesgebiet Oesterreich um eine Subvention zur Errichtung eines Tierschutzhauses angesucht habe. Er beantragt die Gewährung eines Gemeindebeitrages von 10.000 Schilling.

ST.R. Kunschak (E.L.) bemerkt, dass von den 14 Anträgen, die Subventionen betreffen für 13 einleuchtende Gründe vorhanden sind, weil sie positiven Bedürfnissen und wichtigen Zwecken entsprechen. Der Gemeinderat soll heute 46.200 Schilling an Subventionen ausgeben, davon sind 10.000 Schilling auf die Errichtung eines Tierschutzhauses beantragt. Die Minderheit muss sich mit aller Entschiedenheit gegen diesen Antrag aussprechen. Es liegt hier weder ein positives Bedürfnis vor, noch kann man sagen, dass ein dringender Zweck damit erfüllt werden soll. Man hat einen politischen Kampf in den alten eingelebten Tierschutzverein getragen. Wir haben uns darum nie gekümmert. Tatsache ist aber, dass der alte Tierschutzverein einem edlen Zweck diene und sich damit das Vertrauen und die werktätige Mithilfe der gesamten Bevölkerung in uneingeschränktem Ausmass erworben hat. Da kam auf einmal das Bedürfnis einen Tierschutzverein zu gründen und ihn der sozialdemokratischen Partei dienstbar zu machen. Der heute zur Subvention vorgeschlagene Tierschutzverein, ist eine rein sozialdemokratische Einrichtung. Man kann es als Geschmackssache betrachten, dass nun auch schon die Hunde nach politischen Gesichtspunkten gewertet werden. Sie haben diesem neuen Verein sofort eine Subvention gegeben, sie dem alten Verein entzogen, dem sie auch die Verteilung der Grathundemarken weggenommen haben und dem neuen Verein in erhöhter Zahl überwiesen. Das hat aber alles der Gemeinde im wesentlichen nichts gekostet. Heute sollen aber 10.000 Schilling für die Errichtung eines Tierschutzhauses bewilligt werden. Dafür besteht aber gar kein Bedürfnis. Das alte Haus ist wohl nicht auf der Höhe, das weiss auch der alte Verein. Wenn aber der neue Verein das Bedürfnis hat, ein Tierschutzhaus zu errichten, um damit in scharfer Konkurrenz mit dem alten Verein zu treten, so soll er das aus seinen Mitteln tun. Die Gemeinde hat

Wien, am Samstag, den 29. September 1928

.....  
Für 2'7 Millionen Schilling Arbeitsaufträge der Gemeinde Wien. Die Wiener Gemeindeverwaltung hat in den letzten Tagen wieder eine Reihe umfangreicher Arbeitsaufträge in der Höhe von insgesamt 2'7 Millionen Schilling vergeben. Von diesen sind insbesondere die Bestellungen hervorzuheben, die von den Gemeinderatsausschüssen für Wohnungswesen und technische Angelegenheiten kürzlich beschlossen worden sind. So haben die beiden Gemeinderatsausschüsse für rund 800.000 Schilling Erd- und Baumeisterarbeiten vergeben, für etwa 600.000 Schilling Strassenherstellungsarbeiten und für rund 500.000 Schilling Tischlerarbeiten. Die Bestellungen für Gas-, Wasser- und Abortinstallationen, die in städtischen Neubauten durchgeführt werden, machen etwa 410.000 Schilling aus. Ansonsten wurden noch für 120.000 Schilling Schlosserarbeiten, für 90.000 Schilling Isolierungs- und Wandverkleidungsarbeiten, für 70.000 Schilling Spenglerarbeiten, für 40.000 Schilling Malerarbeiten und schliesslich für etwa 30.000 Schilling Anstreicherarbeiten von den beiden Ausschüssen vergeben. Die Kosten der Instandsetzungsarbeiten an der Rennwegerbrücke über die Verbindungsbahn auf der Landstrasse machen 70.000 Schilling aus.

.....  
Der Blindensammeltag 1928. Die Blindenfürsorgestelle der Gemeinde Wien hat mit Zustimmung des Bürgermeisters verfügt, dass der für den 6. und 7. Oktober anberaumte "Sammeltag für Blinde" um 8 Tage verschoben wird. Die Sammlungen finden daher am 13. und 14. Oktober statt.

.....  
Wiener Stadtsenat. Die nächste Sitzung des Wiener Stadtsenates findet in der kommenden Woche am Dienstag um 10 Uhr vormittags statt.

.....  
Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses spricht morgen Sonntag um 10'30 Uhr vormittags Dozent Dr. Friedjung über "Zweckloses Gebären und sinnloses Sterben."

.....  
Das Wiener Strassenpolizeigesetz. Uebermorgen Montag, den 1. Oktober, tritt das vom Wiener Landtag am 21. September beschlossene Gesetz über die Strassenpolizei, soweit sie sich nicht auf Bundesstrassen bezieht, in Kraft. Das Gesetz und die dazu erlassene Durchführungsverordnung der Wiener Landesregierung vom 27. September übernehmen im wesentlichen die Vorschriften der mit 30. September ausser Kraft tretenden Fahr- und Geh-

ordnung und anderer Kundmachungen der Polizeidirektion. Neu aufgenommen wurde die Bestimmung, dass Fahrräder zur Sicherung gegen nachfolgende oder überholende Fahrzeuge an der Rückseite mit einer Blendlinse (Starlinse) ausgestattet sein müssen. Die Frage der festen Kutschersitze auf bespannten Lastfuhrwerken, die schon wiederholt Gegenstand eingehender Erörterung war, wurde neuerlich mit den Interessenvertretern besprochen. Nach der Durchführungsverordnung müssen ab 1. Juli 1930 alle Lastwagen an der Stirnseite mit einem festangebrachten, mit Fussbrett ausgestatteten Kutschersitz und mit einer von diesem aus zu betätigenden auf die Hinterräder wirkenden Bremse versehen sein. Die Bestimmung wurde hauptsächlich zur Vermeidung von Unfällen aufgenommen, die sich daraus ergeben, dass die Kutscher derartiger Schwerfuhrwerke, zum Beispiel von Kohlenwagen, bei abschüssiger Fahrbahn vom Wagen heruntersteigen müssen, um die an der rückwärtigen Seite des Wagens angebrachte Bremse betätigen zu können, wobei die Pferde unbeaufsichtigt bleiben. Die Frist musste aus dem Grund gegeben werden, weil die Anbringung des Kutschersitzes und der Bremse nicht unbedeutliche Kosten verursacht, die das Lohnfuhrwerkergewerbe mit Rücksicht auf seine derzeitige wirtschaftliche Lage nur schwer aufzubringen vermag. Den Strassenaufsichtsdienst wird bis auf weiteres die Bundespolizeidirektion Wien durch ihre Organe besorgen. Im Gesetz ist, wie bereits mitgeteilt wurde, eine sechsmonatige Kündigung dieses Uebereinkommens durch die Wiener Landesregierung vorgesehen. Die Strafkompentenz geht ab 1. Oktober auf den Magistrat über. Mit der Durchführung sind die magistratischen Bezirksämter betraut worden. Zuständig ist das Bezirksamt des Wohnortes. Die Berechtigung zur Verhängung von Organmandatsstrafen (von den Wachebeamten auf der Strasse verhängte Zweischillingstrafen) bleibt der Polizeidirektion übertragen. Die derzeit zur Verkehrsregelung verwendeten Hand- und Lichtzeichen bleiben weiterhin in Geltung.

.....  
Argentinische Gäste in Wien. Unter Führung des Magistratsrates Dr. Asperger besichtigten argentinische Gäste, an ihrer Spitze Senator Bravu aus Buenos Aires,

.....  
in den letzten Tagen eine Reihe von städtischen Wohnbauten, Siedlungen sowie sonstige neue Schöpfungen der Wiener Gemeindeverwaltung. Die Gäste äusserten sich über das Gesehene ungemein lobend.

.....  
Todesfall. In Bad Aussee ist am vergangenen Dienstag der Senatsrat des Wiener Magistrates Dr. Otto Hürsch gestorben. Der Magistrat verliert an ihm einen seiner tüchtigsten obersten Beamten. Der Verstorbene erreichte ein Alter von 63 Jahren.